

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Feiertagen. Abonnementspreis für Berlin frei vom Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1888 unter Nr. 849.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 25 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Ein „Mythus“.

Herr Staatssekretär von Bötticher ist persönlich ein lebenswürdiger und jovialer Herr und pflegt seine Reden im Reichstage zuweilen mit einem leichten, burschikos schimmernden Humor zu würzen, womit er sich manchmal über Dinge hinweghilft, die bei einer ernstlichen Erörterung zu nicht ganz angenehmen Auseinandersetzungen führen könnten. Das ist ganz geschickt und wir wollen die Gewandtheit, die der genannte Staatsmann bei solchen Gelegenheiten schon bewiesen hat, nicht verkennen. Allein wir sind ziemlich gewissenhaft in unserer Betrachtung der politischen Angelegenheiten und wenn die Mehrheit des Reichstages auf Anregung des Herrn Staatssekretärs über diesen oder jenen Gegenstand mit Heiterkeit hinweg gegangen ist, so ist das für uns kein Grund, das Gleiche zu thun. Wir lassen uns im Gegentheil nicht abhalten, diesen Gegenstand nachher noch recht aufmerksam unter die kritische Lupe zu nehmen.

In der Sitzung des Reichstages vom 28. November hat sich der Abgeordnete Liebknecht mit Recht über die offiziöse Presse und über den Unfug, den sie treibt, ausgesprochen; namentlich hatte er auf die Kriegshetze hingewiesen, in welcher unsere Offiziosen oft den französischen Chauvinisten eine völlig ebenbürtige Konkurrenz machen. Herr von Bötticher nahm die Sache sehr leicht und meinte, die offiziöse Presse beginne nach und nach ein Mythos zu werden.

Der Reichstag lachte über die Bemerkung und die Sache war vorläufig erledigt. Für uns ist sie es keineswegs.

Selbst wenn man nicht wüßte, daß es ein literarisches Bureau giebt, das aus dem geheimen Dispositionsfonds des preussischen Staatsministeriums unterhalten wird, so wäre die Existenz einer offiziellen Preßorgans leicht zu konstatieren. Man kann bei gewissen Ministern nach einer Parole gearbeitet wird, welche aus gewissen, der Regierung nahestehenden Kreisen zu kommen pflegt. Oder soll vielleicht das Publikum glauben, daß die Minister im literarischen Bureau etwa im Dienste irgend einer Oppositionspartei ständen, oder gar, daß sie unabhängige Schriftsteller wären? Für unabhängige Schriftsteller braucht die Regierung kein literarisches Bureau einzurichten und wird es auch nicht so leicht thun, denn es ist heute nicht mehr Sitte, wie im alten Rom, für die die öffentlichen Angelegenheiten verhandelnden Männer ein Prytaneum zu errichten, wo sie öffentlich gepeist werden können. Das literarische Bureau ist nur ein Prytaneum für gewisse „schmiegsame“ Seelen. Herr von Bötticher hätte sich übrigens von der Thätigkeit der offiziellen Presse, wenn diese für ihn als ein Mythos

gilt, noch aus Anlaß derselben Reichstagsdebatte überzeugen können, in der er von diesem Mythos sprach. Liebknecht verwarnte in seiner Rede sich und seine Partei gegen den Verdacht antideutscher Gesinnung für den Fall eines deutsch-französischen Krieges. Er sagte, er habe einflussreichen französischen Politikern keinen Zweifel gelassen, daß wir Deutschen im Falle eines französischen Angriffskrieges bis zum letzten Sozialdemokraten verpflichtet seien, gegen Frankreich zu marschieren. Diese freimüthige Erklärung, welche den für den europäischen Frieden plaidirenden Redner in Bezug auf seine deutsche Gesinnung in einem weit günstigeren Lichte erscheinen lassen müßte, als alle Kriegshetze diesseits und jenseits des Rheins, hätte alle Diskussion über eine antideutsche Gesinnung des Redners abschneiden müssen, denn vernünftige Leute können sich doch nicht auf jene knabenhafte Annahme einlassen, welche behauptet, man sei nur dann ein richtiger Deutscher, wenn man zugleich konservativ oder nationalliberal gesinnt sei. Das Ziel der Arbeiterpartei ist der gesicherte Weltfrieden und die Freundschaft und Brüderlichkeit der Völker; aber sie ist deswegen ebensowenig deutschfeindlich als chauvinistisch.

Was geschah nun nach jener Aeußerung Liebknecht's? Sofort kam durch Vermittelung des bekannten Wagner'schen Bureau ein Telegramm aus Paris, in welchem behauptet wurde, die Rede Liebknecht's sei daselbst „mit Behagen“ aufgenommen worden und kein Franzose hätte es wagen können, in einem französischen Parlament eine solche Rede zu halten. Nach diesem Telegramm hätte man glauben können, Liebknecht habe den Franzosen für den Fall eines Angriffs auf Deutschland ein Bündniß mit seiner Partei angetragen. Und dies Telegramm ging durch alle Blätter, die sich ihrer „patriotischen“ Gesinnung sonst so sehr zu rühmen pflegen.

Nein, Herr Staatssekretär von Bötticher, die offiziöse Presse ist kein Mythos und was wir hier anführen, beweist doch wohl zur Genüge, daß sie kein Mythos ist.

Denn wer sonst könnte dann ein Interesse daran haben, die Rede Liebknecht's und ihre Wirkung in einer solchen Weise darzustellen?

Man mußte fürchten, die alte Verleumdung, die man gegen die Sozialdemokratie zu schleudern pflegt, daß sie, wie man in der „Nordd. Allg. Zig.“ so oft lesen konnte, in geheimen landesverrätherischen Beziehungen zu den Franzosen stehe, sei nun endlich für immer abgethan. Aber halt — im kommenden Jahre muß das Sozialistengesetz zur Berathung kommen und bis dahin muß das Arsenal der konservativen und nationalliberalen Staatsmänner mit dem nöthigen Rüstzeug versehen sein, um die Sozialdemokratie möglichst in's Schwarze malen zu können. Der günstige Eindruck von Liebknecht's Rede muß um

jeden Preis verwischt werden. Und die Offiziosen beileben sich, diese Arbeit zu besorgen.

Oder giebt es wirklich keine Offiziosen und haben wir Leute in Deutschland, welche dies edle Geschäft freiwillig besorgen?

Wenn ja, so wissen wir nicht, was schlimmer ist. Weiber ist die Langmuth des Publikums, mit der es diese offiziellen Windbeutelereien noch immer gläubig aufnimmt, auch kein Mythos.

Original-Korrespondenzen.

Hamburg, den 5. Dezember. Die hochgehenden Wogen der Aufregung über den hier vor kurzem verübten Mord begannen sich zu legen, nun da das Opfer beerdigt und der Thäter in sicherem Gewahrsam sich befindet. Schließlich wird die Sache denn auch schon alt, und man muß einen neuen Gesprächs- und Klatschstoff haben. Billig verwundern muß man sich jedoch, daß die Aufregung unter einem Theile unserer Bevölkerung eine derartige werden konnte, daß bei der muthmaßlichen Ankunft des Mörders Morgens schon um 5 Uhr also noch bei stockfinsterner Nacht und der jetzigen Jahreszeit tausende Menschen am Bahnhofe sich versammelt hatten, nur um ihre niedere und gemeine Neugierde zu befriedigen. Noch mehr erstaunen muß man aber, wenn man vernimmt, daß die Mehrzahl der am Bahnhofe Anwesenden aus Angehörigen des schönen Geschlechtes bestand, welche mit Beschrift und Bewunderung sogar noch der Drohschle nachtrantten, die den Daubh zum Gefängnisse führte, und Miene machten, ihn zu lynchen, so daß ein bedeutendes Aufgebot von Polizeikräften erforderlich war, um Ausweichungen zu verhindern. Der Mörder ist jedenfalls ein rohes und moralisch verkommenes Subjekt und von seinem Opfer darf man jetzt nach dem Sprichworte: „Von den Todten rede nur Gutes“, nichts weiter sagen; vielleicht, daß die Gerichtsverhandlung über die Art und Weise seiner Wechselgeschäfte mit den Auswanderern noch manches zu Tage fördert. Norddeutschen ereignen sich ja überall und leider zwar häufig des sogenannten schänden Rammons willen, dem ja gerade die oberen Behtausend am meisten nachgucken. Woher denn die außerordentliche Aufregung dieses Mal in Hamburg? Sie ist nichts weiter, als das Werk einiger liberal sein wollender Penny a liner - Blätter, welche sich, um sich gegenwärtig einige Leser abzusagen, so gemaltig ins Zeug legen und die Leute mit ihren detaillirten Schilderungen des traurigen Ereignisses gruseln und „die Weiber zu Hyänen“ machen. Der „große Unfugs-Paragrah“ existirt hierfür freilich nicht. Die Bestimmung der sogenannten besseren Stände aber kennzeichnet sich bei solchen Veranlassungen dadurch, daß der von Lokalität tiefende, nationalliberale Zeitungsleser das ganze Rüstzeug der Folterkammer wieder hervorgefuchst haben möchte, um dem armen Sünder vor seiner Einrichtung noch das Fell zu schinden. Wahrscheinlich, in diesen gebildet sein wollenden Kreisen verbringt sich noch mehr Rohheit der Gesinnung, als man gemeinhin glaubt!

Durch die Ausschlebung der 800 W. rstarbeiter in Flensburg durch die dortige „Schiffsbau- und Schiffahrt“ wer-

erster Versuch, er war verwirrt! Nicht Berechnung, nur Zufall hat ihn gerettet!

Sie sprechen, wie es scheint, von der kürzlich stattgefundenen Ermordung der alten Beamtenwitwe, wandte sich Peter Petrowitsch an Sossimow; er war schon aufgestanden und wollte vor seinem Fortgehen noch ein paar kluge Worte zum besten geben. Es war ihm sichtlich um einen guten Eindruck zu thun und die Eitelkeit überwand die Vorsicht.

Ja; haben Sie davon gehört?
Natürlich, in der Nachbarschaft...
Kennen Sie die Einzelheiten?

Das kann ich nicht behaupten, mich interessiert dabei überhaupt nur ein Umstand, sozusagen eine besondere Erscheinung. Ohne mich über die Thatsache zu verbreiten, daß sich die Zahl der Verbrechen in den unteren Klassen seit fünf Jahren auffallend vermehrt hat, von den überall vorkommenden und ununterbrochen fortbauern den Raubfällen und Feuerbränden abgesehen, scheint es mir ganz besonders bemerkenswerth, daß, gleichsam in paralleler Steigerung, die Verbrechen sich auch in den höheren Gesellschaftsklassen vermehren. Dort, hört man, beraubte ein ehemaliger Student die Post auf offener Straße; hier fabriziren Leute, die zur besseren Gesellschaft zählen, falsches Papiergeld; in Moskau entdeckt man eine ganze Gesellschaft, welche Billete der Prämien-Anleihe fälscht, und einer der Hauptschuldigen ist Lehrer der Weltgeschichte; dort, im Ausland, wird aus räthselhaften Ursachen ein Sekretär unserer Gesandtschaft ermordet...

Und sollte jetzt diese alte Pfandverleiherin von Jemand aus den höheren Ständen getödtet worden sein — denn Bayern verfehen doch keine Goldschafen, — so tritt die Frage an uns heran: wodurch ist diese Sittenverderbniß im zivilisirten Theil unserer Gesellschaft zu erklären?

Es sind da in letzter Zeit viele ökonomische Umwälzungen vorgekommen... erwiderte Sossimow.

Sie wünschen eine Erklärung? fuhr Rasumichin dazwischen; — da ist z. B. gerade jene bei uns eingewurzelte Untüchtigkeit, die manches erklären könnte.

Feuilleton.

Raskolnikow.

Roman von F. M. Dostojewski.

Nach dem Russischen übersetzt von Wilh. Gendel.

Entschuldigen Sie, ich bin auch nicht sehr scharfsinnig, unterbrach ihn Rasumichin schroff, — darum wollen wir lieber aufhören. Ich habe auch nur eines bestimmten Zweckes wegen davon angefangen, sonst ist mir dieses ganze Geschwätz mit dem man sich nur selbstgefällig in ein günstiges Licht zu setzen sucht, sind mir alle diese endlosen Gemeinplätze, die man jetzt seit beiläufig drei Jahren immerfort zu hören bekommt, schon so zum Uel, daß ich, bei Gott, Schamroth werde, wenn andere in meiner Gegenwart davon reden — gewiss nicht ich selbst. Sie haben sich natürlich beeilt, ihre Kenntnisse zur Schau zu stellen, das ist sehr verzeihlich und ich verdamme Sie deshalb nicht. Für mich aber hatte es gar nur den einen Zweck, zu wissen, wer Sie eigentlich sind, denn sehen Sie, es giebt jetzt so viele Industriemänner, die unter dem Vorwand, für's öffentliche Wohl zu sorgen, die ganze Angelegenheit gründlich verpöfcht worden ist. Sie sind jetzt genug davon!

Rein Herr, sag Luffin, sich in die Brust werfend, hatten Sie vielleicht die Absicht, auf diese unzeremoniöse Weise zu behaupten, daß auch ich...

Du, bitte, bitte... wie könnte ich!... Nun aber schneid Rasumichin kurz ab und wandte sich unvermittelt an Sossimow, um das vorige Gespräch mit ihm zu schließen.

Peter Petrowitsch war so geschick, der Erklärung Rasumichin's sofort Glauben zu schenken. Er beschloß übrigens, noch etwa zwei Minuten lang da zu bleiben.

Ich hoffe, daß die jetzt angeknüpfte Bekanntschaft,

wandte er sich an Raskolnikow, — in Anbetracht der Ihnen bekannten Verhältnisse, sich nach Ihrer Genesung noch mehr besorgten wird... Besonders aber wünsche ich Ihnen Befundtheit...

Raskolnikow wandte ihm nicht einmal den Kopf zu. Peter Petrowitsch machte Anstalt aufzustehen.

Der Mörder war sicher einer von den Pfandgebern! sagte Sossimow.

Ganz bestimmt ein Pfandgeber! bekräftigte Rasumichin. Porphyrius verräth zwar seine Gedanken nicht, fährt aber fort, die Pfandgeber ins Verhör zu nehmen.

Die Pfandgeber? fragte Raskolnikow laut.

Ja! — nun, weshalb die Frage?

Nichts.

Wo nimmt er sie aber her? fragte Sossimow.

Einige hat ihm Koch bezeichnet; die Namen von andern waren auf den Umschlägen der Sachen notirt, einige kamen auch von selbst, als sie hörten...

Nun, das muß doch wohl eine geriebene und erfahrene Kanaille gewesen sein! Welche Frechheit! Welche Entschlossenheit!

Durchaus nicht, das ist's ja eben! unterbrach ihn Rasumichin. Diese Ansicht bringt euch alle von der Fährte ab. Ich sage — er war nicht gerieben und nicht erfahren, und es war sicherlich sein erster Fall! Wenn Du schlaue Berechnung und eine gewandte Kanaille annimmst, so wird's unnothig sein.

Nimmst Du aber einen unerfahrenen Verbrecher an, so folgt daraus, daß ihn nur der Zufall gerettet haben kann, und was kann man nicht alles dem Zufall verdanken! Ich bitte Dich, er hat vielleicht nicht einmal Hindernisse vorausgesehen? Und wie hat er die Sache ausgeführt? Nimmt Dinge im Werthe von zehn, zwanzig Rubel, stopft sich damit die Taschen voll, wühlt im Koffer, in den Lumpen eines alten Weibes herum — und im oberen Kommodenkasten, in einer Schatulle, fand man außer Werthpapieren —

sach, in einer Schatulle, fand man außer Werthpapieren — anderthalbtausend in baar! Nicht einmal zu rauben, nur zu tödten hat er verstanden! Ein Neuling, sag ich Dir, ein

Die nationalliberale Partei will sodann Vorschläge machen, welche bei durchschnittlich niedrigen Prämienlagen durchwärtlich höhere Rentensätze zur Folge haben. Die zweifelhafte Bemessung der Rente erscheint der Fraktion als eine Unzulage.

Ein Verwarnung an die Kartellparteien in Bezug auf die Verwertung der Altersversorgung, die hauptsächlich die Nationalliberalen gemüht zu sein scheint, hält die Regierung am Tage. Die Kartellparteien werden in der Vertheilung der Rente nicht auf Aufforderungen festzuhalten, von denen selbst schwer loszukommen ist, wenn sie sich im Laufe der Verhandlungen als unangangbar erweisen. Die Kartellparteien werden aufgefordert, sich präjudizialen (vorher entscheidenden) Erklärungen in der Generaldebatte fern zu halten, da es in diesem Zeitpunkt gar nicht möglich gewesen sei, mit der Regierung auch nur die geringste Fühlung zu gewinnen, welche von der Vorlage abhängend den Weg überhaupt gangbar sind, oder welche mit Unzulässigkeit zu einem negativen Ergebnisse führen müssen.

Immer weitere Erhöhungen des Militäretats werden geplant. Von zuverlässiger Seite erfährt die „Frankf. Post“, daß gegenwärtig eine große Enquete eingeleitet ist zu dem Zweck, eine allgemeine Erhöhung der Offiziersgehälter herbeizuführen.

Die sogenannten kleinen Fraktionen des Reichstages sind jetzt sehr schwach besetzt. Von den Polen ist kaum ein Mitglied, von den Esch-Lotringtonern nur 2 Mitglieder, die von Esch und Mühlstein. anwesend, und es verlautet, daß die Mehrzahl der Mitglieder der letzteren der gegenwärtigen Session fern bleiben wollen, zumal speziell Esch-Lotringtoner Angelegenheiten den Reichstag nicht beschäftigen werden.

Mit sechs Vikarissen und Meistern — schreibt die „Frankf. Post“ aus Anlaß der Wahl in Nello-Diepold — das allgemeine, gleiche Wahlrecht schon kurzen Prozeß gemacht, als Nummer sieben nach Offenburg-Kohl, als Nummer acht Peine-Gibhorn die Verlustliste der Kartellparteien verzeichnet.

Die Reichstagswahl im Westkreise Breslau für den am 15. bis 17. Januar statt. Der Termin soll in diesen Tagen fixirt werden. Die Wahllisten sollen vom 14. Dezember ab öffentlich ausgelegt werden.

Die Frankfurter Volkspartei, die unter der Leitung von Herrn Sonnemann schon längst den eigentlich demokratischen Charakter abgestreift hat, beabsichtigt, bei der nächsten Reichstagswahl politisch völlig abzusinken. Wie die „Frankf. Post“ von zuverlässiger Seite erfährt, wird Herr Sonnemann nicht mehr als Reichstagskandidat auftreten, sondern es wird stattdessen ein Fortschrittler aufgestellt werden, für den die Partei bei der eventuellen Stichwahl auch die Nationalliberalen gewinnen vermögen. Der Mann darf, um letzteres zu ermöglichen, natürlich nicht weit her sein, d. h. nicht zu weit links stehen. Und ein solcher Mann soll Kandidat der „Demokratischen Partei“ werden! Alles blos, um die Sozialdemokratie in Frankfurt unterzukriegen! Das letztere wird aber trotz alledem nicht erreicht werden. Die christlichen Demokraten werden in diesem Falle sofort für den Sozialdemokraten stimmen und der sozialdemokratische Sonnemann's-Kandidat wird gar nicht zur Stichwahl kommen!

Die Kartellbrüder sind für unsere Reichstagsabgeordneten nur Objekte, an welchen sich die Nothwendigkeit der sozialen Gestaltung der Gesellschaft in ernsthafter Weise aufzuweisen vermögen. Die Einleuchtendste demonstrieren läßt, sie sorgen auch zugleich dafür, daß unser Abgeordneter bei dieser Arbeit der Humor nicht ausgeht. Beweis hierfür ist der Brief eines Kartellbruders, welcher von Dortmund aus an den Abgeordneten *Vieblen* geschrieben ist; wir drucken die amüsante Epistel zur Erheiterung unserer Leser vollständig ab: Du miserabler elender Norddeutscher! Du bist überhaupt ihr seid alle elende, elende Nord- und Lumpendude und verzeih nicht, aber Euch Glende von uns verhängt ist. Haltet Euch nur über Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen, oder wir machen um einen Kopf kleiner! Bist nur auf ihr Hunde. Du wirst wieder famos im Reichstage gesprochen. Das Gewäch hat seinen Sinn, es leßt sich gerade, als hätte es ein irrthümlicher dem Narrenhause entsprungen gesprochen. Wiewohl Du wiewohl vielleicht auch bald ins Narrenhaus, wie Euer andere Genossen zum Narren und auch. Natürlich Du mußt ja sodumme Narren halten, da Du — wie Herr v. Bennigsen sagte — den Stamm erpaltet, den ihr müßt alles recht schwarz machen, sonst würden ja die Arbeiter Euch nicht mehr von den sauer verdienten Lohn erhalten, wovon Ihr Nord- und Lumpendude Euch erhaltet. Ihr bringt ja gerade durch Eure Heckerien Eure Mitarbeiter ins Verderben und Unglück, Ihr, die Ihr Euch von den Blutsroschen mäset. Ihr habt gar kein Recht, Euch Vertreter der Arbeiter zu nennen. Ihr thut ja alles zu ihrem Schaden. Wui, Wui! Es ist eine große Schande und Sünde, daß so auf die saure Haut zu legen auf Kosten der sauer verdienten Groschen der Arbeiter. Ihr schwimmt in allen Sachen

In einer halben Stunde werde ich noch einmal nachkommen. Eine Entzündung ist übrigens nicht zu besorgen.

— Habe Dank! Ich werde unterdessen bei Paschenta warten und ihn durch Raschaja beobachten lassen.
Raschokolow, jetzt allein geblieben, blühte ungeduldig und trübselig Raschaja an, diese zögerte noch fortzugehen.
— Willst Du jetzt Thee trinken? fragte sie.
— Nachher! Ich will schlafen! Laß mich in Ruhe.
— Er wandte sich trampfhaft zur Wand; Raschaja verließ ihn.
(Fortf. folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Das elektrische Quells. Aus New-York wird gemeldet: In der Nähe des neu entdeckten Ortes „Hillman“ im Staate Georgia ist ein Berg von sehr wunderbarer Beschaffenheit entdeckt worden. Personen, welche durch die sehr weiche, feige Gegend streifen, fühlen sich von einer unheimlichen Kraft berührt und festgehalten, von welcher sie nicht so sagen vermögen, ob dieselbe der Luft oder dem Erdmagnetismus entspringe. Die wunderbaren Gerüche, welche sich an diese Erscheinungen knüpfen, gaben zu einer wissenschaftlichen Untersuchung Veranlassung, die in der That interessante und höchst noch ungelöste Dinge zu Tage förderte. Die mit elektrischen Athern durchzogenen Felsen, gewisse Strophen des Berges, sind elektrisch; das Wasser einer Quelle, welche durch einen Spalt fließt und sich in der Entfernung einer Meile zu dem Orte erhebt, führt selbst dort noch so starke Ströme von Elektrizität mit sich, daß die ins Wasser getauchte Hand einen elektrischen Schlag empfindet. Von sechs eine Kette bildenden Personen, deren erste einen Finger ins Wasser hält, fühlt noch die letzte den Strom ziemlich stark durch ihren Körper rinnen. Die Quelle derselben ist jedoch zu verschiedenen Tageszeiten eine andere und soll in ihren Abflüssen den Ebbe- und Fluthbewegungen der Meere nicht unähnlich sein. Außer den Gerüchten, welche sich mit dem „Georgia mirakel“ beschäftigen, ist natürlich, wie dies in Amerika nicht anders möglich, ein gewisses Interesse jener Gegend zugewendet und die Wissenschaft an sich gebracht. Außer dem Verkauf des elektrischen Wassers“ wird bereits die Errichtung eines großen Kurorts „advertis“, des „Ersten elektrischen Kurorts der Welt“.

gegen den Strom. Wenn man einen Baum setzt, so kann man doch nicht gleich schon im ersten Jahre die Frucht genießen, so ist es mit den Sozial-Reform-Bewegungen und so ist es mit der Kolonial-Politik. Die Früchte und der daraus erwachsende Segen, besonders für die Arbeiter, können doch offenbar erst in Jahrzehnten sich zeigen. Ob Ihr dumme elende ruchlose Norddeutsche! — Dem Veranlasser dieses Schreibens, welcher sich keineswegs so viel Mühe zu geben brauchte, um zu beweisen, daß er aus der besten Gesellschaft stammt, wird hiermit dankend quittirt. Er hat dem Abgeordneten Liebnecht und hoffentlich auch unserem ganzen Leserkreis viel Vergnügen bereitet.

Das Dunkel in der Connexer Affäre beginnt sich zu hellen. Wie unsere Leser wissen, waren seinerzeit eine Anzahl Arbeiter in Connexer von der Straße weg verhaftet worden, woran sich nachträglich noch weitere Verhaftungen knüpfen. Letzten Sonnabend nun ist, wie wir hören, den Inhaftirten eine Anklageschrift zugegangen, in der sie der Verletzung von § 128 bez. 129 R.-Str.-G.-B. beschuldigt werden. Der erstere handelt von der Theilnahme an einer geheimen Verbindung, der letztere von solchen Verbindungen, welche bezwecken oder sich damit beschäftigen, die Ausführung von Gesetzen u. zu hindern oder zu entkräften. Das wäre also ein Geheimbundsprozeß.

Aus Dresden, 4. Dezember, wird geschrieben: Wegen Aufhängens einer rothen Fahne, welche am 21. Oktober d. J. von einer im Garten des Gasthofs „Zur Post“ in Striesen befindlichen Fahnenlange herabgeweht, hatte sich am 1. d. Mts. ein Schneider Namens Roth vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Das unbedeutende Eindringen in das betreffende Grundstück wurde seitens des Gerichtshofes als Hausfriedensbruch, das Aufhängen der rothen Fahne aber als grober Unfug aufgefaßt. Der Angeklagte wurde deshalb zu einer Woche Gefängnis und zwei Wochen Haft verurtheilt.

Frankreich. Die Deputirtenkammer gewährt die für die Pflüge der schönen Rünke geforderten Budgetposten und nahm die fünf ersten Artikel des Budgets für die Culte an, nachdem die auf eine Reduktion der Zahl der Bischöfer gerichteten Anträge abgelehnt waren. Der Justizminister erklärte, die Regierung beabsichtigt sich zu der Trennung von Staat und Kirche, so lange aber das Konkordat bestehe, müße man es ausführen.

Belgien. Die Streikbewegung der Kohlengrubenarbeiter in Wallonien nimmt das allgemeine Interesse in Anspruch. Die Anhänger des anarcho-socialen Oberkonfessionsrats und Unbestimmter Defuisseaux haben auf einem „Kongress“ in Châtelet sich für eine allgemeine Arbeitseinstellung ausgesprochen. Die Nothlage der Minenproletarier ist schauerhaft. Wo aber Wirtstöpfe wie Defuisseaux die Hände im Spiel haben, da triumphirt gewiß das Unternehmertum und die Lockspindel. Defuisseaux versteht von der sozialen Frage rein gar nichts; er ist ein tüchtiger Brauendirektor, ein wild gemordener Bourgeois, aber immer nur ein Bourgeois. Hoffentlich gelingt es der wirklichen Arbeiterbewegung, die in Brüssel und Gent ihre Hauptstübe hat, die wallonischen Arbeiter aus dem Schlepptau des Hanswursten Defuisseaux recht bald loszumachen.

Spanien. Aus dem Entwurf des Gesetzes zur Einführung des allgemeinen Stimmrechts sind vor seiner Einführung in den Cortes, die am Montag erfolgt ist, noch einige wichtige Änderungen vorgenommen worden. Das Wahlrechtsalter ist von 23 auf 25 Jahre erhöht, die Anwartsdauer von 1 auf 2 Jahre verlängert worden. Sodann wird bestimmt, daß alle Städte von 20 000 Einwohnern an einen Vertreter in die Cortes senden, ebenso alle gelehrten, ökonomischen und landwirtschaftlichen Vereine, wenn sie über 5000 Mitglieder zählen. Die übrige Bevölkerung wird in Wahlkreise von je 200 000 Wählern eingetheilt mit 4 Deputirten (also im Verhältniß von 1 zu 50 000); überall aber wird ein Sitz für die Minoritäten vorbehalten, die in ganz Spanien cumulativ stimmen können. Für die Freiheit der Abstimmung sind starke Bürgschaften vorgeschrieben.

Rußland. Mit welcher Konsequenz die russische Regierung die Ausweisung ausländischer Juden betreibt, dafür dürften folgende aus amtlicher Quelle geschöpften, von der „Kreuzzeitung“ mitgetheilten Bissen den Beweis liefern. Aus dem Königreich Polen sind in der Zeit vom 1. 13. Januar bis 1. 13. Juli d. J. 760 Eingaben ausländischer Juden um Aufnahme in den russischen Staatsverband beim Ministerium des Innern eingereicht worden. Von diesen Betenten sind nur vier berücksichtigt, alle anderen haben ablehnenden Bescheid erhalten. Sonst ist einer Anzahl Personen dieser Kategorie eine Fristverlängerung zur Abwicklung ihrer persönlichen Angelegenheiten bewilligt worden.

Amerika. Dem S. W. schreibt man aus New-York, November 1888:

Der Wahlrummel ist glücklich vorüber. Die beiden alten Parteien haben sich wieder einmal gemessen und die Republikaner haben den Sieg über die Demokraten davongetragen. Die letzteren haben nicht nur das Präsidentenamt und damit die kolossale Zahl der übrigen Bundesämter, die von Washington aus zu befehlen sind, verloren, sondern sind ferner noch im Kongress in die Minorität gedrängt worden. Die Schlachttrufe in diesem Kampfe waren „Schutzoll“ auf Seite der Republikaner, „Freihandel“ auf Seite der Demokraten. Beide waren darin einig, daß nur ihr spezielles Patentmittel die amerikanische Industrie vor einem Krach zu retten vermöge. Beide lagen dem „Bruder Arbeiter“ in den Ohren und versuchten ihm weis zu machen, daß er sich nur dadurch vor dem Untergange retten könne, wenn er für eine von ihnen stimme, entweder für Freihandel, wie die Demokraten dies für absolut nöthig hielten, oder für republikanischen Schutzoll.

Natürlich wurde den Schutzöllnern die Beweisführung bedeutend leichter gemacht als ihren Gegnern. Sie hatten für sich, daß sie erstens das Bestehende vertreteten, während die Freihändler die Neuerer waren. Ferner konnten sie ihre Scheinbeweise durch Hinweise auf die traurige Lage der Arbeiter in Europa, welche hier durch Irländer, Italiener, Russen, Slawen, Böhmern u. hauptsächlich vertreten sind, unterstützen und den hiesigen Arbeitern, zumeist Einwanderer aus einem jener Länder, ein altherbendes Bild der traurigen Verhältnisse in ihrem respektiven Vaterlande vormalen.

Auf diese Weise gelang es ihnen, mit Hilfe aller sonstigen landläufigen Rüstmittel, wie Einschüchterung von Arbeitern durch die Fabrikanten, offenkundige Wahlbestechung, Stimmzettelkäufung u. c. ihren Gegnern die Beute, die ihnen vor vier Jahren nach 24jährigem Kampfe zugefallen war, wieder zu entreißen. Ein Gutes hatte der Wahlkampf mit seiner Unmasse von Flugchriften und Broschüren. Er hat die Arbeiter in Masse einestheils auf die Wichtigkeit des Freihandelsgesetzes, andererseits auf die Verhloßigkeit des Schutzollens aufmerksam gemacht. Die Demokraten beweisen in Tausenden von Traktaten, daß die Löhne in Amerika nur deshalb höher seien, weil der amerikanische Arbeiter intensiver arbeite. Für dasselbe Arbeitsquantum erhalte der englische Arbeiter nicht weniger, sondern mehr Geld als der amerikanische. Dagegen beweisen die Republikaner haarscharf, daß die Einführung des Freihandels das Arbeiterelend in England nicht gemildert habe und daß die Noth in London augenblicklich so groß sei, wie nie zuvor. Allerdings begeisterten sich die Wahlen diesmal noch für irgend eine der beiden Parteien — zum größeren Theile für

die Schutzöllner — doch ist es nur natürlich, daß in kurzer Zeit der von denselben Parteien gefasste Samen des Zweifels an ihre Rüstmitteln zur Befestigung der Krise ausgehen muß.

Die Wiederwahl Hills zum Gouverneur des Staates New-York wird von den Arbeitern zum größten Theile als ein kleiner Vortheil angesehen. Erstens war sein Gegenkandidat Miller ein Monopolist und Shoddy-Aristokrat erster Klasse, zweitens hofft man mit Hilfe des alten Fuchses und Demagogen, der augenscheinlich auf die nächste demokratische Präsidentschaftskandidatur spekulirt, verschiedene für die Arbeiter günstige Maßregeln im Staate durchzudrücken und andere, ungünstige, zu vereiteln.

Bei der New-Yorker Stadtwahl hatte ein Umstand Interesse, nämlich die durch dieselbe herbeigeführte gänzliche Demokratisirung und faktische Auflösung der sogenannten Vereinigten Arbeiterpartei. Diese Partei, welche vor zwei Jahren unter kolossaler Begeisterung der Massen den seither zum Lumpen gewordenen Henry George für das Amt des Mayors (Bürgermeisters) von New-York nominirte und über 68 000 Stimmen für ihn abgab, ist nicht mehr. Nachdem der Führer derselben, George, der gemachte Pflaume Mc. Ginn, der alte politische Drahtzieher Mc. Radin, bei der Konvention in Sagharuse, welche sie mit Delegirten von allerhand mythischen, aus zwei oder drei Personen bestehenden Vereinen gepacht hatten, die Sozialisten, welche den radikalen Flügel dieser Anfangs so hoffnungsvollen Bewegung bildeten, aus der Partei herausgemacht, war die Stimmenzahl, welche im letzten Jahre für die Partei abgegeben wurde, bereits auf 38 000 gesunken. Henry George verlor alle Hoffnung, dieselbe je als Leiter zu seinem Emporkommen benutzen zu können. Er bot seine Dienste den Demokraten an und war es zugleich, der als Reichhändler par excellence dem Präsidenten Cleveland das Freihandels-Schlagwort aufschwahte, in der Meinung, daß er noch Anhänger genug habe, um mit Hilfe derselben den Staat New-York, von dem man erwartete, daß er bei der Präsidentschaftswahl den Ausschlag geben würde, für Cleveland zu gewinnen.

Sein Plan gelang ihm nicht. Er hat weder den Staat New-York für Cleveland gewonnen, noch war dieser Staat nöthig, um dem Gegner desselben zum Siege zu verhelfen. Georges Stern ist damit für alle Zeiten untergegangen, und er hat durch sein Freihandelsgeschrei den demokratischen Präsidentschaftskandidaten mit ins Verderben gerissen.

Was von der „Vereinigten Arbeiterpartei“ übrig blieb, nachdem George dieselbe verlassen, schloß sich so eng wie möglich an die Republikaner an, indosfirt sogar den Gouverneur-Kandidaten derselben, den Monopolisten Miller. Dabei wurde dieselbe immer fortpulst: Ungeheure Summen floßen aus der Tasche der Republikaner in die der „Vereinigten Arbeiterpartei“ und damit in die Taschen von Mc. Radin und seiner Freunde. Ein anderer Umstand kam dazu, der geeignet war, die Taschen dieser Herren zum Zerreißen voll zu stoßen.

Ein reicher Möbelhändler, mehrfacher Millionär, Coogan mit Namen, fühlte sich vöthlich und ganz ohne Grund fähig und berufen, das Amt des Mayors von New-York zu bekleiden. Da keiner etwas von ihm wissen wollte, wandte er sich an die Partei Mc. Radins. Diese beschloß, den Gimpel zu fangen und gründlich zu rupfen. Coogan wurde nominirt und eine Kampagne im großen Stile begann. In jedem Distrikt der Stadt wurde ein Bureau errichtet und zwei oder drei von Mc. Radins Leuten als Beamte desselben angestellt. Die Herren erhielten dafür nun hohe Gehälter, ohne irgend etwas zu thun. Coogan mußte für alle bezahlen. Die Organisation der Arbeiter an den einzelnen Stimmplätzen wurde von anderen noch besser bezahlten Organisationsbüros besorgt, wieder andere mußten gegen gute Bezahlung Reden in öffentlichen Versammlungen halten u. c. Coogan hatte sich vor Beginn der Kampagne etwa 40 000 Dollars in Kleingeld zurückgelegt, um damit die Kosten des Wahldrages zu decken. Ehe derselbe aber zur Hälfte verüber war, fand er, daß ihm kein Kleingeld bereits durch die Finger gegangen war. Er mußte eine Hypothek von 80 000 Dollars aufnehmen, um die weiteren Kampagnenkosten zu decken. Er that dies mit Vergnügen, glaubte er doch, dadurch seine Erwählung sicher zu stellen. Das Geld wurde verpulvert. Noch ein paar Tage vor der Wahl gab er Mc. Radin eine Anweisung auf die Kleingeldsumme von 20 000 Dollars. Und am Wahltag? — Am Wahltag stimmten sogar die von Coogan bezahlten „Wahltagler“ für den Hauptgegner desselben, Hugh J. Grant. Coogan, der seiner Erwählung noch am Wahltag sicher war, erhielt zwischen 8-9000 Stimmen. Sein Hauptgegner etwa 110 000 Stimmen.

Eine größere Blamage hat wohl ein aufgeblasener Proze nicht erlebt, als dieser Möbelhändler, aber auch wohl nie ist eine Schurkerei allergeringsten Schloßes, eine organisierte Bauernfängerel in größtem Maßstabe im Namen der Arbeiter begangen worden, wie diese. Die Führer der „Vereinigten Arbeiterpartei“ haben ihren Lohn dahin. Sie haben sich die Taschen gefüllt, aber sie werden auch dafür, dem Lande nicht weiter schaden. Die Entrüstung über ihre Spitzbüberei erfüllt alle die leider nur zu zahlreichen Faktionen der hiesigen Arbeiterbewegung.

Die sozialistische Partei, welche diesmal, zum ersten Male seit Jahren, wieder selbstständig in den Wahlkampf eintrat, hatte ihre Agitation zu spät und unter den denkbar ungünstigsten Umständen begonnen. Auch reichten die Kräfte derselben nicht im Entferntesten aus, nur die nothwendigsten Wahlvorarbeiten zu besorgen. Wider Erwarten wurden selbst unter solchen Umständen noch fast 2000 Stimmen für die Kandidaten derselben abgegeben, allerdings nur ein Drittel dorer, welche im vergangenen Jahre auf diejenigen der fortschrittlichen Arbeiterpartei, des anderen „Jah“ der sozialistischen Partei, fielen.

In anderen Städten und Landesstellen hat die Wahlbewegung der Arbeiter, welche je nach Umständen unter der Etiquette mehr oder minder reiner Arbeiterpartei geführt wurde, ein eben so wenig ermutigendes Resultat gehabt. Nur ein Gutes ist zu verzeichnen, das ist die vollständige Begründung der Ruine der früheren Henry George'schen Partei, welche den Weg für eine Neubildung frei gemacht hat. Wie und auf welche Weise dieselbe erfolgen kann und wird, davon hat wohl heute Niemand eine Ahnung, daß dieselbe jedoch erfolgen wird, und zwar bald erfolgen muß, darauf deuten eine Menge Zeichen, auf die hier einzugehen nicht der Ort ist. Der Hof der Arbeiter gegen das bestehende ökonomische und politische System ist im Wachsen. Gleichzeitig schreibt die Konzentration der Kapitalie und insolge derselben die grauenvollste Rücksichtslosigkeit der Ausbeutung mit Riesenschritten fort und die Arbeitslosigkeit nimmt von Tag zu Tage zu. Es fehlt noch der organisatorische Riesengeist, der durch ein Wort die vorherrschenden Kräfte sammelt und in die richtige Bahn leitet, der den Arbeitern das einflößt, was ihnen heute insolge der in den letzten Jahren gemachten trüben Erfahrungen fehlt: Muth und Selbstvertrauen.

Um die Entwicklung der wissenschaftlichen Lehren der radikalen Arbeiterpartei ist mir nicht bange. Der Geist des amerikanischen Volkes bietet für dieselben eine ungeheure Menge von und bisher kaum geahnter Anknüpfungspunkte. Verschiedene Universitätsprofessoren, Gelehrte, Schriftsteller beschäftigen sich mit denselben und bekennen sich offen zu denselben. Der Sozialismus fängt nach und nach an, salonsfähig zu werden.

In den Staaten Europas würde sich aus diesen Deuten ein Konventikel von Staatssozialisten entwickeln. Bei der demokratischen, dezentralisirten Verfassung der Vereinigten Staaten müssen sie demokratische Sozialisten, Sozialdemokraten werden oder bleiben, da nicht von einer vom Volke begünstigten Regierung, sondern nur vom Volke selbst jeder Anstoß zur Verwirklichung ihrer Ideale kommen kann. —

Theater.

Freitag, den 7. Dezember.
Speranza. Die Duigo's.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Wagner-Theater. Madame Bonnard. Vorher: Der dritte Kopf.
Lesing-Theater. Nora.
Deutsches Theater. Frühling im Winter. Quintus Horatius Flaccus. Zwei Taube.
Friedrich-Wilhelms-Bühnen-Theater. Der Mikado.
Viktoria-Theater. Die Reise in die Pyrenäen.
Reichens-Theater. Abbé Constantin.
Schauspielhaus. Auf eigenen Füßen.
Volks-Theater. Othello, der Mohr von Venedig.
Wagners-Theater. Steffen Langet aus Glogau.
Central-Theater. Schmetterlinge.
Adolf Grunz-Theater. Die drei Gajen.
Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Walhalla. Spezialitäten-Vorstellung.

Berliner Theater.

Freitag, den 7. Dezember:
 — Eva. —
 (Eva: Hedwig Niemann.)
 — Anfang 7 Uhr. —
 Sonnabend, den 8. Dezember:
 — Eva. —
 (Eva: Hedwig Niemann.)
 — Anfang 7 Uhr. —
 Sonntag, den 9. Dezember:
Der Königskentner.
 — (Thorane: Friedrich Haase.) —
 — Anfang 7 Uhr. —
 In Vorbereitung:
Die wilde Jagd. Von Ludwig Fulda.

Cirkus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer. Alte Raefstraße.
 (Am früheren Cirkus Krembser.)
Der Cirkus ist gut geheizt und gegen Zug geschützt.
 Freitag, den 7. Dezember, Abends 7½ Uhr:
Große Extra-Vorstellung.
 Besonders hervorzuheben: Ein Karouffel mit 9 Hengsten, dargestellt von Hrn. Max Schumann. Auftreten der Billions-Tuppe und der kleinen jährigen Sado. Auftreten des Jockey Reifers Hr. Jos. Hodgini, des Saltomortal, Reiters Hr. Franconi, der Reitschülerinnen Mlle. Adele und Terry. Die Schulpferde Brillant und Herr Ernst Schumann. Zum Schluss der Vorstellung:
Die Jagd bei Solton, interessantes Jagdbild, geritten von Damen und Herren der Gesellschaft.
 Tanzeinlage: Der Jägerfang etc. etc.
 Sonnabend, den 8. Dezember, Abends 7½ Uhr:
Große Vorstellung mit neuem Programm.

Passage 1 Ev. 9 M. — 10 M. Kaiser-Panorama.
 Zum ersten Male: Dritte Reise durch Spanien. Barcelona.
 Nur noch einige Tage: Potodam und Evancung Kaiser Friedrichs.
 Entree a Ggcl. 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn.

Unserm Freunde **R. Lerche** zu seinem heutigen Geburtstag ein kräftiges Hoch. [1456]
 (Ob bei sich was merken läßt.)
Seine Freunde in S.-O.

Jede Uhr
 wird für M. 1,50 unter Garantie des Gutgehens gereinigt und repariert. Wanduhren werden gratis abgeholt und aufgehängt, auch auf schriftl. Bestellung. Patentgläser 10 Pf. Uhrschlüssel gratis. [1219]
M. Köllner Brunnstr. 15.

So geht's nicht weiter! sprach Hugo, mir fehlt ein **Winterpaletot!**

900 hochlegante Winterpaletots für Herren und Damen, Damen- und Kinderkleider, Uhren, Betten, Stiefel, Goldfächer und 200 feinste Knabenanzüge verkauft fabelhaft billig [898]

Lucke's Pfandleihe,
 66 Prinzenstraße 66.
 Auch Sonntags bis 10 Uhr Abends geöffnet.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren
 eigener Fabrik wegen Ersparung der Ladenmiete billig **Brunnenstraße 28.**
Lager und Verkauf nur Hof part.
 Zahlung nach Uebereinkunft. [802]

American-Theater.

Wallnertheaterstrasse Nr. 15.
Berliner Schönheits-Konkurrenz.
 Die Tableau werden von in Berlin geborenen Schönheiten dargestellt. Erstes Bild: **Ischenbrödel** nach F. Hiddemann; Hr. Martha Kögel. Zweites Bild: **Unter Rosen** nach B. Thumann; Hr. *. Drittes Bild: **Sohnung** nach C. v. Bodenhausen; Hr. *. Viertes Bild: **Das Wasser** nach G. Graf; Hr. *. Fünftes Bild: **Laden der Himmel** nach Napheol; Fräul. Elise Elster und die übrigen vier Damen. (Die mit * bezeichneten Damen wünschen ungenannt zu bleiben.)
 Neu!! **Alpenröschen-Exzess.** Austr. des Schattenshouettisten **Oskar Alberti**, des urkomischen **Sendis** und **Neumann Blümchen**.
 Anfang 7½ Uhr. Sonntags 8½ Uhr.
 Villet-Borverkauf ohne Aufgeld im „Anwaldendank“ und Vormittags von 11—1 Uhr an der Theaterkasse. [806]

Kunze's Concert-Hallen.

Alexanderplatz (Grand Hotel).
 Täglich:
Concert und Vorstellung.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Sonntags 50 Pf.
Gustav Kunze.

Muffen!!

[1331]
 (Durch Zufall spottbillig).
 Ein Paar Pelzmuffen 1,50 M. Waschbar 4 M. Opoffam 5 M. Pelzgarnituren Stück 1,25 M.
Dranienstr. 158.

Cigarren, Tabake

größte Auswahl, jedem Geschmack entsprechend, von 3 M. per 100 an. **Wiederverkäufern Rabatt.**
Wintabak
 von G. A. Hanowaoker in Nordhausen.
 Lager sämtlicher Feintabake
Frankfurter Allee 123.
Wilhelm Liesegang, Große Frankfurterstraße 103a
 vis-à-vis der Straußbergerstraße.

Der erste Nichtgentleman auf dem Zeugenstande.

Bericht über den Münchener Geheimbündeprozes am 26. und 27. Oktober 1888 vor dem Landgericht München I.
Preis 25 Pfennig.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Robert Blum und seine Zeit

von **Wilhelm Liebknecht.**
Heft 3
 ist erschienen.
 Preis pro Heft 25 Pfennig.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Soeben erschien: **Die französische Revolution.** Von W. Bloch.

Heft 9.

Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition des „Berl. Volksblatt“, Zimmerstraße 44. **Wiederverkäufern Rabatt.**

Gr. öffentliche Former-Versammlung am Sonntag, den 9. Dezember, Vormittags 10 Uhr, in Faustmann's Lokal, Invalidenstrasse 144.

Tages-Ordnung:
 1. Das bisherige Resultat und die Stellungnahme der Berliner Former der eingesandten Stettiner Arbeit. 2. Verschiedenes.
 Der Einberufer.

Metallarbeiter Berlins!

Große öffentliche **Metallarbeiter-Versammlung aller Branchen**
 am Freitag, den 7. Dezember, Abends 8½ Uhr, in Sanssouci, Rottbuserstraße 4a.
 Tagesordnung: Die Vorläufnisse in der Forderung von Emil Sommerfeld. 2. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bitten
 Die Gemahregelten. [1463]

Fachverein der Tischler.

Morgen, Sonnabend, den 8. Dezember, Abends 8½ Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28:
Mitglieder-Versammlung
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Stahn. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Fragelasten. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.
 Billets zum Weihnachtsvergügen werden in der Versammlung ausgeben.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand. [1455]

Interessenverein d. Tischler.

Versammlung
 Sonnabend, den 8. Dezember, Abends 8½ Uhr, Adalbertstraße 8.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Jabel. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes. Abrechnung der Billets vom Stiftungsfest. [1457]

General-Versammlung

des **Vereins zur Wahrung der Interessen d. Klavierarbeiter u. Berufsgen.**
 Sonnabend, den 8. Dezember, Kommandantenstraße 77—79 (Grotwell'sche Bierhallen).
 Tagesordnung:
 1. Ergänzungswahl des Vorstandes: des 1. Vorsitzenden, des 1. Schriftführers, des 2. Kassiers, 1 Beisitzer und 2 Revisoren. Wahl der Arbeitsvermittlungskommission und der Rechtschutz-Kommission.
 2. Aufnahme neuer Mitglieder.
 3. Bericht und Vereinsangelegenheiten.
 NB.: Es wird einem jeden Mitgliede zur Pflicht gemacht, pünktlich zu erscheinen.
 Der Vorstand. [1452]

Große öffentliche

Versammlung
 der **Kernmacher Berlins u. Umgeg.**
 Sonntag, den 9. Dezember, Vormittags 10½ Uhr, in Gnadi's Restaurant, Brunnenstraße 88.
 Tagesordnung:
 1. Beschlussfassung über die von der Statutenberathungskommission entworfenen Statuten.
 2. Mitgliederaufnahme und Wahl des Vorstandes, Revisoren etc.
 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.
 Die Kommission. [1451]

Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Steinträger

und verwandten Berufsgenossen Berlins.
 Sonntag, den 9. Dezember, Vormittags 11 Uhr, bei Scheffer, Inselstraße 10, 2 Treppen:
Versammlung
 Tagesordnung:
 1. Das Unfallversicherungsgesetz mit Anschließ der Alters- und Invalidenversicherung. Referent Herr Wilhelm Vilsbänder. 2. Vereinsangelegenheiten. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist zahlreiches u. pünktliches Erscheinen notwendig.
 Der Vorstand. [1449]

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. S. 29 Hamburg), Filialk. Rindorf.
 Sonnabend, den 8. Dezember:
Monats-Versammlung.

Fachverein der Rohrleger.

Sonntag, den 9. Dezember, Vormittags 11 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:
Versammlung
 Tagesordnung:
 1. Wie stellen sich die Rohrleger Berlin der Lohn- und Alfordarbeit der nächsten Bauperiode?
 2. Freie Diskussion.
 3. Verschiedenes und Progelosten. Aufnahme neuer Mitglieder.
 Der Vorstand. [1450]

Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal

so wie Frühstück, Mittag- und Abendessen.
W. Haugk,
 22 Weinstraße 22.
 1006[

Läuferstoffe

etwas verwebt, Mtr. 25 Pf.
 1 Meter breit Mtr. 70 Pf.
Einzelne Sopha-Bezüge!!
 in Rips, Damast und Fantasiestoffen für die Hälfte!
Fabrik Lager Emil Lefèvre, Nr. 158.

Ich mache Sie

aufmerksam, daß ich die im Verlag verfallenen **hohleganten Herren- und Damen-Winter-Paletots, Herren- und Knaben-Anzüge, Damen- und Kinder-Kleider, Hüten, Ketten, etc. u. s. w.,** passend als Weihnachtsgeschenke, zu erstaunlich billigen Preisen.
Lucke, Neanderstr. 9.
 1454 **Gae Schmidstr.**

Herren- und Knaben-Garderoben

eigener Werkstatt.
 Große Auswahl von Stoffen u. Schnitt.
 Anfertigung nach Maß in eigener Werkstatt auf feinst und sauber gearbeitet, zu billigen Preisen.
M. Jene Gochstr. 50.
Ad. Kunitz, N. Müllerstr. 155.
 Eine freundl. Schlafstube ist zu vermieten. [1447] **O. Zaok, Staligerstraße 69, v. 1. 2.**

Selbstunterricht

in der einfachen u. doppelten kaufmännischen

Buchführung

und Darstellung eines neuen abgekürzten Systems zur doppelten Buchmethode von **O. Schmidt,** Lehrer der Handelswissenschaft.
Preis 1 Mark.
 Zu beziehen durch die Expedition des „Berliner Volksblatt“, Zimmerstrasse 44.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 288.

Freitag, den 7. Dezember 1888

5. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung vom 6. Dezember, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: v. Boetticher und Rommelfarten.

Eingegangen sind der Zusatzvertrag eines Handelsvertrages mit Deutschland und der Schweiz und der Gesegentwurf, betreffend die Vorarbeiten für das Nationaldenkmal Kaiser Wilhelm I.

Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des Gesegentwurfs, betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich muß meinen einleitenden Vortrag mit einer captatio benevolentiae beginnen, nicht etwa um die Mehrheit dieses Hauses zu einer wohlwollenden Prüfung dieser Gesetzesvorlage aufzufordern — die Mehrheit hat sich bereits auf den Boden der Sozialpolitik der verbündeten Regierungen gestellt und wird gewiß auch der Lösung der vorliegenden sozialpolitischen Aufgaben ein erhöhtes Interesse zuwenden — sondern in meinem eigenen Interesse, weil ich bei der Fülle des Stoffes kaum werde erschöpfend sein können. Andererseits hat aber eine ganze Reihe von Bemerkungen, die in der Öffentlichkeit über den Gegenstand gemacht worden sind, schon in den Vorarbeiten ihre Entledigung gefunden, und dann wird man ja bei den einzelnen Paragraphen alle etwaigen Bedenken genügend würdigen können. Der Gesegentwurf ist nicht aus dem Kessel geschüttelt. Er hat eine große Reihe von Vorarbeiten durchgemacht und eine Kritik in der Presse und in wissenschaftlichen und Fachzeitschriften erfahren wir kaum jemals ein anderer. Die verbündeten Regierungen sind für diese Kritik dankbar, namentlich für denjenigen Theil, welcher, von Männern der Wissenschaft und der Praxis ausgegangen, für die Fortbildung des Gesegentwurfs eine ganze Reihe von nützlichen Hinweisen ergeben hat. Weniger dankbar sind die verbündeten Regierungen demjenigen Theil der Kritik, welchem ausgesprochen oder doch offensichtlich eine politische Tendenz zu Grunde lag. Dieser Theil der Kritik litt vorwiegend an dem Fehler, daß er zu schnell, zu plötzlich und ohne die Unterlage eines gründlichen Studiums der Motive abgegeben war. „Schnell fertig ist die Jugend mit dem Wort“ und es müssen in der That theilweise recht jugendliche Gestalten gewesen sein, die schon, bevor der Gesegentwurf in extenso publiziert war, und bevor ihm die Gründe beigegeben waren, nach dem bekannten Spruch „ich kenne zwar die Absichten der Regierung nicht, aber ich weiß, was sie will“, fertig waren mit einem vorwerfenden Urtheil über die Vorlage. Aber auch diese Seite der Kritik ist von uns eingehend und sorgfältig geprüft und nutzbar gemacht worden. Nachher hat sich die Kritik — und davon möchte ich das Haus bitten, sich zu hüten — auf Einzelheiten des Gesetzes gerichtet, ohne ihren Zusammenhang mit dem ganzen System zu berücksichtigen. Gestatten Sie mir nun die Hauptbedenken gegen die Vorlage zu beleuchten. In § 1 finden Sie eine wesentliche Abänderung von dem bisher beim Aufbau der sozialpolitischen Gesetzgebung beobachteten Grundsatz, nämlich eine Ausdehnung der Vorarbeiten des Gesetzes auf die gesamte gegen Lohn beschäftigte Arbeiterschaft des deutschen Volkes. Man hat uns auf Grund einer nicht zu unterschätzenden Erwägung entgegen gehalten, warum wir die Versicherung nicht auf den Kreis derjenigen Personen beschränkt haben, welche schon gegenwärtig von der Unfallgesetzgebung getroffen sind, bei einer so schwerwiegenden Materie sei es doppelt geboten, schrittweise vorzugehen, um der Hand der Erfahrung den Werth oder Unwerth der verschiedenen gesetzgeberischen Dispositionen prüfen zu können. Die verbündeten Regierungen waren der Ansicht, daß eine Alters- und Invaliditätsversicherung billiger und zweckmäßiger Weise den ganzen Kreis der Arbeiter jetzt gleich erfassen müsse. Bei den Wirkungen der Freizügigkeit der Arbeiter auf den Wechsel ihrer Thätigkeit würde es nicht unbillig sein, wenn man dem Arbeiter, der seinen bisherigen Wohnort verläßt, die Wohlthaten eines Gesetzes, für welches er vielleicht Jahre lang Opfer gebracht hat, die Gelegenheit nehmen wollte, durch eine Fortsetzung der Versicherungsbeiträge sich diejenige Vortheile zu sichern, welche andere sozialpolitische Berufsgenossen fortwährend genießen. Wenn man ein solches öffentliches Mittel auf Kosten des Reiches einen Theil der dem inactiven Arbeiter zuwendenden Beträge drückte, dann müßten auch alle Arbeiter an den Wohlthaten dieses Reichsgesetzes theilnehmen. Allerdings besteht sich § 1 auf nicht weniger als 124 Millionen Arbeiter im Deutschen Reich. Zweck der Versicherung ist eine Rente für den alten und inactiven Arbeiter. Man hat darüber gestritten, ob es rationell sei, die Altersrente beizubehalten und ob man sich nicht vielmehr auf die Invaliditätsrente zu beschränken habe. Wer im hohen Alter noch arbeitsfähig sei, dem brauche eigentlich eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht zugewendet zu werden. Ich glaube doch, daß der Gedanke der kaiserlichen Reichsversammlung vom November 1881, welche neben der Inaktivität auch eine Altersrente in Aussicht nahm, ein sehr kluger und gesunder ist. Es ist klar, daß für die arbeitende Bevölkerung die Aussicht, demaleinst in den sicheren und bestimmten Genus einer Rente zu kommen, auch ohne Rücksicht auf ihre Inaktivität eine außerordentlich beruhigende sein würde. An Unfälle, an Krankheit denken wenige von unseren Arbeitern. Man hat gehofft sie alle, und die Beschränkung ihrer Arbeitsfähigkeit ausgeglichen zu haben durch Zuschüsse eines Einkommens, welches ihnen eine bescheidene Rente ermöglicht, ist für sie von nicht zu unterschätzendem Werth. Die Vorlage nimmt eine Rente in Aussicht, welche variiert nach Maßgabe der ortsüblichen Tagelöhne an den verschiedenen Beschäftigungsstellen und nach Maßgabe der Beiträge der Versicherten. Man hat die Höhe der Rente demängelt; man hat es ein Minderrecht genannt, von Seiten der Sozialdemokraten ein Minderrecht für die Freiheit der Arbeiter. Auch den verbündeten Regierungen wäre es lieber, die Renten erhöhen zu können, wenn Sie aber folgendes. Wenn wir uns auf den Weg der Vorlage begeben, so würden wir dem Reich, der Industrie und den arbeitenden Klassen eine nicht unwesentliche Last aufbürden, die man nur besser, eine erhöhte Rente von vornherein zu zahlen, um vielmehr nachher zu der Ueberzeugung zu kommen, daß der eine oder der andere der drei verpflichteten Klassen die Last nicht tragen kann, oder mit einer geringeren Rente anzufangen, um sie eventuell später zu erhöhen? (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube, der zweite Weg ist nicht allein der richtige, er schützt auch uns und die Arbeiterwelt vor Enttäuschungen. (Sehr wahr! rechts.) In den Grundzügen zu dem Gesetz hatten wir eine allgemeine gleiche Rente in Aussicht genommen. Wir waren uns bewußt, daß diese Rente nicht die richtige wäre, daß unter Umständen der Arbeiter in billiger Weise und mit niedrigem Lohn im Verhältnis zu viel und zu schwerer Lebenshaltung zu wenig bekommen würde. Die Rücksicht auf die Vereinfachung des Geschäfts, der Vereinfachung der Rente, ließ uns an dieser allgemeinen gleichen Rente festhalten. Ich begreife die Unzufriedenheit der Arbeiter-

welt über diese Disparität. Wir haben diesen Klagen und Beschwerden Rechnung getragen und in dem ortsüblichen Tagelohn, wie er nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes für alle Ortschaften der Monarchie festgesetzt worden ist, einen ungefähren Anhalt für die lokalen Verschiedenheiten der Lebenshaltung der Arbeiterwelt gewonnen. In der Presse und auch hier im Hause hat man nun an Stelle der Ortslohnklassen Lohnklassen empfohlen. Ich halte den Gedanken für diskutabel, wie ich denn überhaupt hier an dieser Stelle gleich aussprechen will, daß die verbündeten Regierungen jedem besseren Vorschlag sich zugänglich zeigen werden (Beifall), daß sie den Entwurf in forma producta keineswegs als ein noli me tangere ansehen, welches in seinem ganzen Wortlaut mit ihrem Votum steht und fällt. Im Gegentheil, wir werden mit den Herren, welche uns Vorschläge bringen, gern und eingehend diskutieren und uns durch Gründe eines Besseren belehren lassen. Die Frage der Einführung der Lohnklassen liegt nicht so ganz einfach. Ich sehe davon ab, daß mit der Einführung dieser Lohnklassen eine erhebliche Geschäftsvermehrung für die Organe dieser Versicherungseinrichtungen herbeigeführt wird. Jetzt haben Sie an jedem Ort des Deutschen Reichs, wenn Sie bei dem Vorschlage des Gesegentwurfs bleiben, einen einheitlichen Beitrag, der sich nach dem ortsüblichen Tagelohn richtet, während Sie bei der Einführung der Lohnklassen an jedem Ort der Monarchie alle möglichen Variationen der Lohnklassen haben. Das bringt eine Erschwerung des Geschäfts und der Durchführung des Ratesystems mit sich. Vor allem weiß ich nicht, wie wir es bei diesem System machen sollen mit der Berechnung des Lohnes für Akkordarbeit und diejenigen Gegenden, in denen der Lohn in natura gezahlt wird. Ferner würden wir dabei einem beständigen Wechsel der Lohnhöhe gegenüberstehen und die Beiträge der Arbeiter entweder erhöhen oder herabsetzen müssen. Sodann bezügle wir gar nicht eine zuverlässige Lohnstatistik, und sie ist auch ohne ein lästiges Eindringen in die Lohnverhältnisse der Betriebe gar nicht zu erlangen. Aber wie gesagt, ich halte den Vorschlag für diskutabel und würde mich freuen, wenn uns die Herren von seiner Durchführbarkeit überzeugten. Man hat eine Herabsetzung der Altersgrenze verlangt, weil zu wenige Personen 70 Jahre alt würden. Die Zahl dieser geht aber in die Hunderttausende. Bei der Grenze von 70 Jahren müssen für die Altersrente 4 pCt. der gesammelten Belastung aufgewendet werden, bei 65 Jahren dagegen müssen Sie einen Zuschlag von 13 pCt. und bei 60 Jahren von 38 pCt. machen. Meint der Reichstag, daß das Opfer der Erhöhung der Rente ohne Gefahr für das Gemeinwesen gebracht werden kann, so würde es sich nur um eine entsprechende anderweitige Feststellung handeln. Aber Vorsicht ist auch hier die Mutter der Weisheit und man begnügt sich besser mit Wenigem, eine Erhöhung ist im weiteren Stadium jederzeit möglich. Man hat unserer Seite den Ratel angefochten, daß sie nur eine bessere Form der Armenpflege, ein Almosen für den Arbeiter sei, und neulich bei der ersten Staatsberatung hat der Abgeordnete Bebel gemeint, daß die Regierung selbst das Unfallversicherungsgesetz als eine Form der Armenpflege bezeichnet habe. In der Denkschrift dieses Gesetzes ist aber nur gesagt, daß durch die Einführung der Unfallversicherung ein großer Theil der jetzigen Armenlast entbehrlich werde. In einer Sitzung — ich will den Namen nicht nennen, weil man mir vorwerfen könnte, ich wollte dafür Rellame machen oder sie schädigen — las ich heute folgenden Artikel: „Der Minister v. Bötticher befruchtete jüngst im Reichstag, daß die Regierung selbst die ganze Sozialreform als eine Verbesserung des Armenwesens betrachte. Wir haben seit Jahren öfter in diesem Blatte die Sache largestell und wiederholten daher einfach folgende Worte aus den Motiven, mit welchen die Regierung die erste Unfallversicherungsvorlage einführt.“ Nun kommt ein fett gedruckter Satz und aus dieser Einleitung wird jeder annehmen, es kommt ein Passus aus den Motiven. Dieser Passus ist folgendermaßen wiedergegeben: „In Wahrheit handelt es sich bei den Maßnahmen, welche zur Verbesserung der Lage der bedürftigen Klassen ergriffen werden können, nur um eine würdigere Ausgestaltung der staatlichen Armenpflege und der dieser zu Grunde liegenden Idee.“ Dann sagt der Zeitungschreiber: „Das genügt hoffentlich auch für den Minister v. Bötticher.“ Das genügt mir nicht. Dieser Artikel enthält eine grobe Fälschung, denn der Satz lautet in den Motiven wörtlich: „Es handelt sich bei diesen Maßnahmen, welche zur Verbesserung der Lage der bedürftigen Klassen ergriffen werden können, nur um eine weitere Entwiklung der Armenpflege zu thun gewesen ist, daran kann man sich aus den Worten des Herrn Reichskanzlers vom 2. April 1881 überzeugen: „Vor dem Verhugern ist ein inactiven Arbeiter durch unsere heutige Armenpflege geschützt, nach dem Landrecht wenigstens soll niemand verhungern; ob es nicht doch geschieht, weiß ich nicht. Das genügt aber nicht für den Mann, um mit Friedlichkeit auf sein Alter und in die Zukunft zu blicken, es liegt auch in dem Gesetz die Tendenz, das Gefühl der Menschenwürde, welches jeder Mann behalten soll, wach zu erhalten, daß der Arbeiter nicht rechtslos dasteht, sondern ein peculium in sich trägt, über das niemand außer ihm verfügen kann, das ihm nicht entfremdet werden kann und ihm manche Thüre leichter öffnet, die ihm sonst verschlossen ist.“ Diese goldenen Worte sollte sich die Arbeiterwelt gegenwärtig halten und sollte nicht mehr den Verführern glauben, die sie glauben machen wollen, daß es sich nur um ein Almosen handelt. (Abg. Bebel: Die Thatfachen sprechen!) Das die Mittel von den Arbeitern selbst, von den Arbeitgeber und dem Reich getragen werden sollen, darüber scheint man sich inzwischen beruhigt zu haben. (Nin! links.) Noch nicht? Dann werden wir ja demnächst hören, wie es anders gemacht werden soll. Aus den Zeitungen der letzten Wochen habe ich entnommen, daß man dies nicht als eine Kardinalfrage betrachtet. Der Beitrag des Reichs erklärt sich aus der sozialpolitischen Bedeutung und aus den sozialpolitischen Vortheilen, die aus der Vorlage für das Reich entspringen und ist ein Äquivalent dafür, daß der größte Theil der jetzt noch nothwendigen, aus der Kommune lastenden Fürsorge für die nothleidende Bevölkerung wegfällt. Man hat das Prämienbedarfsverfahren getadelt und namentlich industrielle Kreise wünschen dafür das Umlageverfahren. Dieser Vorschlag hat sehr lebhaften und wichtigen Bedenken gegen sich. Durch das Umlageverfahren würde man einen großen Theil der Last, die von rechtswegen die Gegenwart zu tragen hat, auf die Zukunft verweisen. Dieses prinzipielle Bedenken gegen das Umlageverfahren fällt um so stärker ins Gewicht, je mehr man dasselbe lumulirt. Bei dem Umlageverfahren hat man keine ausreichende Sicherheit in Zeiten, wo wir Krieg, Seuchen und wirtschaftlichen Niedergang haben, die Rente bezahlen zu können. Während eines unglücklichen Krieges können die Träger der Versicherung leicht

nicht im Stande sein, die Rente zu zahlen. Außerdem würde beim Umlageverfahren ein in jedem Jahr veränderter Beitrag erhoben werden und das würde das Erhebungsverfahren erschweren. Außerdem würden die sofort beitragenden Arbeiter in einer doppelten Weise begünstigt, denn dieselben würden nicht so viel zu leisten haben, wie die in Zukunft beitragenden Arbeiter, die ihr ganzes Leben lang Prämien zahlen. Für uns kommt auch noch ein politischer Grund hinzu. Bei dem Umlageverfahren werden die jährlich zu zahlenden Beiträge fortwährend steigen und so eine Unzufriedenheit unter den Arbeitern hervorzurufen, die von Jahr zu Jahr mehr zu zahlen haben, ohne daß ihnen etwas Besseres dafür in Aussicht gestellt ist. Man wirft dem Prämienbedarfsverfahren vor, daß es zur Ansammlung großer Kapitalien führt und daß es irrationell sei, solche Kapitalien unbenutzt liegen zu lassen. Unbenutzt bleiben sie aber nicht, sie werden jährlang angelegt. Allerdings werden der Industrie und Landwirtschaft von Anfang an größere Summen entzogen, die anders nutzbar zu machen wären; aber man wird einen Weg finden können, diese Kapitalien denselben Kreisen, wenn auch nicht dem einzelnen Individuum nutzbar zu machen. Auch Sparbanken und milde Stiftungen sammeln große Kapitalien, ohne daß wirtschaftliche Nachteile verspürt würden. Das auf Grund dieses Gesetzes angesammelte Kapital beträgt im Beharrungsstadium 2 1/2 Milliarden, bei Versicherungsanstalten und Sparbanken sind in Deutschland über 5 Milliarden angesammelt, wobei das Kapital von Kirchen und milden Stiftungen noch nicht in Rechnung gezogen ist. Was die Organisationsfrage betrifft, so waren schon in der Volkschaft von 1881 für die Unfallversicherung als Träger derselben aus den einzelnen Berufszweigen gebildete Korporationen in Aussicht genommen. Nun macht man uns bei dieser Vorlage den Vorwurf der Inkonsistenz und sagt sogar, mit den Berufsgenossenschaften hätten wir Bankrott gemacht. Die preussische Regierung würde es heute noch gern sehen, wenn die Berufsgenossenschaften auch mit der Organisation auf Grund dieser Vorlage beschäftigt würden. Sie verkennt aber keineswegs die Bedenken dieses Modus. Es ist etwas anderes um die Alters- und Invaliditätsversicherung, als um die Unfallversicherung. Bei der letzteren schließt sich die Versicherung an einem bestimmten Beruf, und die Bildung der Berufsgenossenschaften als Träger der Versicherung ist nur naturgemäß. Wir hatten schon in den Grundzügen als subsidiäre Träger der Versicherung für alle die, welche Berufsgenossenschaften nicht angehören, die weiteren Verbände in Aussicht genommen. Wenn wir damit wirklich die Allerhöchste Volkschaft verlassen, so ist das kein Vorwurf, sondern nur die bessere Erkenntnis hat das Abweichen davon veranlaßt. Die preussische Regierung verkennt nicht, daß wenn man einmal die Kommunalverbände zu subsidiären Trägern der Versicherung macht, es die Geschäfte vereinfacht, wenn man überhaupt die kommunalen Verbände zu Trägern der Versicherung macht. Sie hat sich deshalb bei der Schlussabstimmung im Bundesrat den anderen Regierungen angeschlossen, und so ist der Beschluß einstimmig gewesen. Der Vorschlag, die Krankenkassen zu Trägern der Versicherung zu machen, der in den weitesten Kreisen als praktikabel angesehen wird, scheint mir nicht durchführbar. Die Krankenkassen sind die veränderlichsten Körper auf dem Gebiete unserer sozialen Gesetzgebung. (Sehr richtig! rechts.) Heute entstehen Klassen, morgen werden sie getheilt und geändert, oder wieder aufgelöst und dergleichen. Ein so veränderliches Element zu Trägern der Versicherung zu machen, würde die lebhaftesten Bedenken gegen sich haben, abgesehen von den Schwierigkeiten bei der Auseinandersetzung im Fall der Veränderung solcher Klassen. Es ist gesagt, man könne die Krankenkasse zu territorialen Verbänden organisieren, dann haben Sie aber weiter nichts, als was hier auch vorgeschlagen wird. Nun haben die von uns vorgeschlagenen territorialen Verbände noch den Vorzug, daß sie alle Theile der arbeitenden Bevölkerung in sich aufnehmen, während zu den Krankenkassen ein großer Theil von Arbeitern nicht gehört. Schließlich ist eine Reichsanstalt vorgeschlagen worden. An sich ist der Gedanke, dieses große sozialpolitische Unternehmen einer Zentralanstalt zu unterstellen, welche für das ganze Reich die Leitung und Durchführung übernimmt, sehr verständlich und diskutabel, aber auch dem Gedanken stellen sich große Schwierigkeiten in den Weg. Ich will davon absehen, daß die Leitung hierfür doch nicht überall im Reich so sehr bemerkbar ist. (Sehr richtig!) Dieser Weg würde außerordentlich verzweigt und kostspielig sein. Entweder bestellt man dafür Reichsbeamte in allen Theilen des Reichs, das würde eine recht große Zahl werden, oder man verpflichtete die Landesregierungen, durch ihre Organe das Lokalgeschäft zu besorgen. Beides ist nicht billig, und das eine wird hier und da recht un bequem werden. Die Kommunalverbände, die wir gewählt haben, haben sich schon auf einer ganzen Reihe von Verwaltungsgebieten bewährt, sie werden diese Geschäfte mit Sachkenntnis und dem Zweck entsprechend verwalten. Es wird auch verhältnismäßig die billigste Organisation sein. Schlechte Erfahrungen fürchte ich davon nicht. Gegen das Verfahren hinsichtlich der Feststellung der Invalidität gegenüber einem Antragsteller, der Anspruch auf eine Rente erhebt, wird wohl kaum Wesentliches zu erinnern sein. Die lebhaftesten Bedenken, namentlich von sozialdemokratischer Seite, hat man aber gegen die Karten und Quittungsbücher. Das Ratesystem halten wir nach langer Erwägung für das, was die Leistung eines Beitrages am einfachsten und bequemsten nachweist. Wollen Sie dafür besondere Quittungen oder Stempel, die in die Bücher eingedrückt werden, darüber wird sich reden lassen; es wird aber kaum etwas bequemer sein, als die Karten. Bei den Angriffen gegen das Quittungsbuch ist ein gut Theil politischer Tendenz. Daß es uns fern gelegen hat, dieses Quittungsbuch zu einem Arbeitsbuch zu gestalten, die Gelegenheit zu eröffnen für jeden Arbeitgeber, Bemerkungen über die Führung des Arbeiters in offenen oder versteckten Zeichen einzutragen, das haben Sie aus den verschiedenen Rundgebungen der Regierung sehen können. Sie sehen es auch aus den Bestimmungen über das Quittungsbuch selbst. Es ist postivo verboten, das Buch zu irgend etwas anderem zu benutzen als zur Einlieferung der Karten, jeder andere Vermerk ist unter Strafe gestellt, jedes Quittungsbuch mit einem solchen Vermerk wird löstet und es muß ein neues dafür angefertigt werden. Ein Mißbrauch ist also kaum möglich und es fragt sich andererseits, wie sollen die Mißstände vermieden werden, welche mit anderen Beweismitteln für die Leistung der Beiträge verknüpft sein würden, der Beweis der Zahlung muß aber geführt werden, denn Sie können nicht jedem 70 Jahre alten Mann oder jedem, der sich als Invalide ausweist, eine Rente geben, ohne zu berücksichtigen, wie lange und in welcher Thätigkeit er als Versicherter zu den Lasten der Versicherungsanstalt beigetragen hat. Lassen Sie das außer Acht, so beschließen Sie eine Prämie auf die Faulheit und die Tagelohnbegierde. (Sehr richtig! rechts.) Die gelehrtesten Leute haben sich die Köpfe zerbrochen, wie dieser Beweis geführt werden soll. Man kann ihn auf mannigfache Weise führen, aber jede andere Unterlage als das Quittungsbuch hat er-

ungerechte Bestimmung dieses Gesetzes ist auch die, daß das
... auf 47 Wochen festgesetzt ist. Saisonarbeiter und
... die im Freien arbeiten, wie Maurer, Zimmerer, Plasterer
... haben unter keinen Umständen 47 Wochen im
... zu thun, auch dann nicht, wenn sie im Winter insoge-
... Beschäftigung haben. Die fortwährenden Krisen infolge
... Kriegsbeschäftigungen wirken lähmend auf die Arbeits-
... ein. Mit Recht will man die zum Militär
... und die Kriegspflichtigen von dem Bei-
... entbinden und ihnen die Rente sichern, bezüglich derjenigen
... die wegen des Krieges arbeitslos geworden, ist nichts vor-
... Wollen Sie gerecht sein, so müssen Sie das Geschäfts-
... auf höchstens 40 Wochen bemessen, zumal bei der lang-
... Steigerung der Rente. Nachdem die Wartezeit herum ist,
... die Rente per Jahr um 1000. Das macht bei 100 M.
... pro Jahr. Es ist lächerlich, den Arbeitern zusammenzu-
... eine Steigerung zu erlauben. Ferner ist zu bemängeln,
... keine Rückversicherung vorgesehen ist, während jetzt denjenigen,
... aus der Eisenbahnliste austreten, die Hälfte zurückge-
... Die Kapitalanlage giebt zu besonderen Bedenken Anlaß.
... den Renten sollen die nach 17 Beitragsjahren aufgeschübten
... über etwa eine Milliarde betragen. Ich kann nicht daran
... denken, daß die Invaliditäts- und Sterbeverhältnisse bei den
... bezahlten Lohnarbeitern dieselben sein sollen, wie bei
... und Bergarbeitern, die, wenn auch eigentlich bloß
... Proletariat, doch wenigstens nicht hungern müssen.
... behauptet deshalb, es sterben viel mehr Arbeiter, bevor sie
... erwerbsfähig sind, und deshalb wird auch viel weniger
... Renten ausgegeben werden und das angehäufte Kapital wird
... nach 17 Jahren vielleicht auf 2 Milliarden gesichert haben.
... Folge wird ein erheblicher Hitzkurz sein. Und wozu wird
... Kapital verwendet werden? In der Hauptsache wird es
... den Grundbesitzern, „den Edelsten der Nation“ zu Gute
... Es wird in den Hypotheken auf große Güter ange-
... sein. Dadurch wird anderes Kapital frei werden und der
... für Sparkassengelder und für das Kapital des kleineren
... herabgedrückt werden. Infolge dieses Gesetzes wird
... der Reich V. über der größten Anzahl Hypotheken auf Grund
... haben sein. Inwieweit das nicht eine große Gefahr für
... Denken Sie einmal, ein demokratisches oder gar sozial-
... System macht einfach einen viden Strich durch
... Hypotheken, betrachtet sich als Eigentümer des ganzen hypo-
... Landes und konfisziert dasselbe! Sorgen Sie also lieber
... das doppelt so viel Rente gezahlt wird, dann laufen Sie keine
... Aber im Ernste gesprochen, wozu brauchen Sie denn
... Haupt bei einer derartigen Organisation einen so großen
... fonds? Ist der Staat nicht Garantie genug? Meine
... und Hauptbeschwerde richtet sich gegen das Quittungsbuch.
... Arbeiter, und nicht etwa bloß die sozialdemokratischen, be-
... dasselbe lediglich als verkapptes Arbeitsbuch. Der
... Minister meinte freilich, man verfolgte damit keinerlei po-
... Tendenzen. Mag sein, aber eine Gewissheit giebt uns
... Zuhörung nicht. Offiziell wird zwar nicht gelogen, aber
... man bei derartigen Geschichten im Hinterhalt hat, pflegt
... nicht offen und ehrlich heraus zu sagen. Vielleicht
... man mit diesem Quittungsbuch zwei Fliegen mit
... Kloppe schlagen und die Konventionen und das
... die immer nach dem Arbeitsbuch rufen, beschwichtigen.
... diesem Gesetz soll der Unternehmer für den Arbeiter die
... in das Quittungsbuch einleiten und abstempeln. An-
... u. i. w. sollen verboten sein. Aber wer ver-
... ihn denn, die Karte vorlesen einzulassen und dadurch
... einem anderen Unternehmer ein Zeichen zu geben, daß der
... Arbeiter sich an einem Streik betheiligen hat u. i. w.
... erlauben sich, daß J. B. in Rheinland und Westfalen die
... Arbeitgeber nur denjenigen Arbeitern Beschäftigung gaben,
... das Zeugnis ausgestellt war, daß sie „ordnungsgemäß“
... seien. Wo dieses Wort „ordnungsgemäß“ fehlt,
... die Annahme zur Arbeit im ganzen Bezirk verweigert.
... wärtiges zu verbiten, hätte der Bundesrat dieses so tief
... System durch ein brauchbareres und gerechteres er-
... sollen. Wenn Sie einmal ein solches Quittungsbuch ein-
... wollen, so sorgen Sie dafür, daß der Arbeitgeber es
... in die Hände bekommt. Auch seine praktische Brauch-
... ist zu bezweifeln. In den Motiven ist ausdrücklich
... daß durch den Verlust des Quittungsbuchs der
... seine Rente verlieren kann, wenn er nicht den
... liefert, daß er die Beiträge bezahlt hat.
... kann nicht passen, wenn die Behörde ein
... über die bezahlten Beiträge führt. Hunderte
... Arbeitervereinigungen haben in Resolutionen und
... sich gegen dieses Quittungsbuch ausgesprochen, und
... im Namen dieser Arbeiter Protest gegen dasselbe ein-
... Arbeiter haben sich deshalb dazu entschlossen, lieber ganz
... Alters- und Invalidenversicherung zu verzichten, als
... Verfügung ihrer Freiheit in den Kauf zu nehmen. Es
... falscher, als zu behaupten, wie der Minister und Herr
... erlauben haben, daß wir bloß deshalb gegen ein
... Gesetz sind, weil wir durch die Durchführung der
... Form den Boden in den Arbeitermassen verlieren wür-
... Wir glauben gar nicht daran, daß wir nur auf gewalt-
... Wege eine Aenderung der jetzigen Produktionsweise er-
... können. Wir glauben im Gegenteil, daß eine gute
... Gesetzgebung und andere sozialen Gesetze dem
... zu Hilfe kommen müssen. Arbeiter mit gutem Ein-
... sind für unsere Ideale jedenfalls viel leichter zu begeistern
... welche auf dem tiefsten Standpunkt des Lumpenprolet-
... angenommen sind. Die bisherigen sozialpolitischen Gesetze
... den Arbeitern gar nicht zum Nutzen gereicht. (Leb-
... Widerspruch rechts.) Ich habe das bezüglich des Kranken-
... nachgewiesen. Bringen Sie aber in der Kommission
... das Kunststück fertig, daß Sie etwas Brauchbares für
... Arbeiter schaffen, dann werden Sie uns auf Ihrer Seite
... Wenn Sie uns vorwerfen, daß wir Ihre guten Ab-
... in Bezug auf die Sozialreform verfehlen wollen, so könnten
... Sie mit viel größerem Rechte sagen: Sie wollen die
... Gesetzgebung gar nicht im Ernste, das ist ein Schwindel
... Sie wollen die Arbeiter zu einem Purich provozieren,
... so viel Blut abzusaugen, daß sie in 50 Jahren nicht
... können können. (Unruhe und Lachen.) Machen Sie
... Gesetze, zeigen Sie, daß Sie etwas können und
... dann werden wir dafür stimmen, aber glauben Sie
... daß die deutschen Arbeiter die ungerechte Hand
... werden, die das Ausnahmengesetz gegen sie handhabt,
... die Hand küssen werden, welche sie sticht mit
... Sozialdemokraten, Bismarck rechts.)
... Bevollmächtigter Reichsrat von Marschall:
... einen Punkt aus den Ausführungen des Vorredners
... herausgreifen, nämlich die Behauptung, die er heute
... hat, obwohl sie bereits mehrfach widerlegt ist, daß
... Antwort, wie die ganze soziale Gesetzgebung, nichts an-
... als ein Stück schlechter Armenpflege. Mit sol-
... unerwiesenen Behauptungen suchen die Herren unsere Ge-
... der Arbeiterwelt zu diskreditieren. (Sehr gut! rechts.)
... ist notwendig, daß diese Herren jedesmal von diesem Tisch
... Antwort hören, daß diese Behauptung eine falsche und ver-
... ist! rechts.) Der Gedanke, daß die verbün-
... Regierungen dreizehn Millionen deutscher Arbeiter
... die Armenpflege stellen wollen, ist, um mich
... auszudrücken, ein so absonderlicher, daß
... nicht befürchte, er könnte hier irgend einen
... machen; aber allerdings außerhalb des Hauses
... gutmüthige Gemüther genug, welche diesem Gedanken
... sind. Dieser Entwurf ist so wenig wie irgend ein
... sozialpolitisches Gesetz ein Armengesetz. In keinem dieser
... ist als Voraussetzung des Rentenanspruchs die Bedürftig-

keit des Betroffenen hingestellt. (Sehr gut! rechts.) Und diese
... ist doch die Grundlage jeder Armenpflege. Aber ich lege darauf
... kein Gewicht. Die Mehrzahl der Arbeiter wird eben bedürftig
... sein. Der entscheidende Punkt liegt darin, daß bei der Armen-
... keine genügende Leistung stattfindet, während es sich hier
... um einen flagbaren Rentenanspruch handelt. Die Herren,
... die dieses übersehen, verfolgen entweder agitatorische
... Zwecke, oder aber es sind diese den realen Verhältnissen
... und Anschauungen des Lebens vollständig fremd. (Sehr
... richtig! rechts.) Dieser Unterschied ist keineswegs ein
... abstrakt juristischer; er wird in unserem Volkleben tief
... empfunden, und man hat in Arbeiterkreisen ein empfind-
... liches Gefühl und eine sehr feine Diffinition für die Frage, ob
... die Unterstützung, mit der jemand sein Leben fristet, den
... Charakter eines Almofens hat oder auf einer flagbaren Rente
... beruht. Die Armenpflege wirkt auf die bürgerliche und politische
... Stellung einen moralischen Schatten, wie er vielleicht gar nicht
... von dem Gesetzgeber beabsichtigt war. Derjenige, welcher einen
... flagbaren Anspruch auf eine Rente hat, wenn sie auch eine ver-
... hältnismäßig minimale ist, wie frei wird dieser Mann sein
... Haupt tragen. Der Reichsanwalt hat in seiner jütischen Rede
... von 1881 auf diese Verhältnisse hingewiesen. Es waren in
... der That goldene Worte, denn sie geben ein vollkommen zu-
... treffendes Bild der Verhältnisse auf dem Boden der Armen-
... pflege. Zwischen diesen beiden Arten von Empfängern
... besteht eine Kluft, die durch keine oratorische Dialektik
... ausgefüllt werden kann. Und wer behauptet, dem deut-
... schen Arbeiter sei es gleichgültig, ob seine Bezüge den
... Charakter eines Almofens oder einer flagbaren Rente tragen,
... beleidigt geradezu den Arbeiterstand, weil er ihm eine Ge-
... sinnungslosigkeit unterstellt, die bei ihm gar nicht vorhanden
... ist. Herr Grillenberger und seine Freunde mögen einmal die
... Probe auf das Exempel machen, und sie werden sich überzeugen,
... daß selbst seine Parteigenossen über den Bezug der Rente
... anders denken, als er. Herr Grillenberger wird sich mit der
... empfangenen Antwort sichtlich beschneiden in sein stilles
... Kämmerlein zurückziehen. Der Entwurf will nicht die Armen-
... pflege regeln, sondern die Arbeiter gegen die Armenpflege
... schützen und verhindern, daß derjenige, welcher sein ganzes
... Leben lang fleißig gearbeitet hat, am Schlusse desselben auf die
... unterste Stufe sozialen Daseins zurückfällt. Das ist die Ent-
... wicklung der christlichen Idee, von der in der Botschaft von
... 1881 die Rede ist und die Herr Grillenberger vollkommen miß-
... verstanden hat, vielleicht deshalb, weil er mit dem Gedanken
... der christlichen Idee nicht völlig vertraut ist. Die Stellung der
... Sozialdemokratie zu diesem Gesetz ist eine außerordentlich
... charakteristische. Herr Liebknecht scheute sich neulich nicht, zu
... erklären, daß gegenwärtig kein deutscher Arbeiter irgend
... etwas bekomme, was er nicht vor Erlaß der sozial-
... politischen Gesetzgebung auch schon bekommen hätte. Und dies
... angeht die Thatsache, daß höchstens 20 pCt. der
... Unfallsrente beizehenden Arbeiter auf Grund des Haft-
... pflichtgesetzes etwas bekommen hätten. Derartige Ueberreizungen
... der sozialdemokratischen Partei liefern uns den Beweis, daß wir
... uns auf dem richtigen Wege befinden. (Zustimmung rechts.)
... Wir werden dadurch bekräftigt, auf der Bahn zu bleiben, welche
... seit 1881 beschritten. Solche Reden werden vielleicht einzelnen
... Arbeitern gegenüber die Gesetzgebung diskreditieren; es giebt
... aber Gottlob eine große Anzahl von Arbeitern, welche
... einsehen werden, daß der vorliegende Entwurf der
... minimalen Rente dem deutschen Arbeiter während eines
... Jahres mehr bietet, als die ganze Sozialdemokratie ihm Zeit-
... lebens gewährt. (Beifall rechts.)
... Um 4 Uhr verläßt das Haus die weitere Beratung auf
... Freitag 11 Uhr. Der Präsident beraumt die Sitzung auf
... eine so frühe Stunde an, um die erste Beratung womöglich
... zu Ende zu führen.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.
Sitzung vom Donnerstag, den 6. Dezember.
Der Stadtvorordnete-Vorsteher Stadts. Dr. Ströy er-
... öfnet die Sitzung um 5½ Uhr mit einer Reihe geschäftlicher
... Mittheilungen. Der Fachverein der Dreschlendbesitzer richtet an
... die Versammlung eine Petition, der Verbreiterung der Friedrichs-
... straße nicht zuzustimmen. (Weiterkeit.)
... Nach Eintritt in die Tagesordnung werden einige Vor-
... schläge des Ausschusses für die Wahlen von unbesol-
... derten Gemeindebeamten geschäftsmäßig erledigt.
... Der Ausschuss, der zur Vorprüfung der Polage
... wegen Enteignung und Erwerbung des von
... den Grundstücken Nr. 23 und 24/25 zur Ver-
... breiterung dieser Straße erforderlichen Terrains niedergelegt
... war, beantragt durch seinen Referenten, Stadts. Rathsch. die
... Annahme der Magistratsvorlage.
... Stadts. Vangerhans hält die Verbreiterung für nicht
... so dringlich und beantragt die Zurückweisung der Vorlage an
... den Ausschuss.
... Stadts. Wieda widerspricht dieser Ansicht.
... Nach weiterer Diskussion wird der Antrag Vangerhans ab-
... gelehnt und der Ausschussantrag angenommen.
... Um 6 Uhr findet die Wahl eines unbesoldeten
... Stadtraths an Stelle des verstorbenen Stadtrath Wolff
... durch Stimmzettel statt. Gewählt wird der Stadts. Schmidt
... auf die Zeit bis zum 1. Januar 1895 mit 96 Stimmen.
... Die widerrufliche Genehmigung eines Dampf-
... streifenbahn-Betriebes in der Kurfürstenstraße von der Zwölfs-
... Apostelstraße ab bis zur Potsdamerstraße wird ertheilt.
... Die Stadts. Leo und Genssen ziehen ihre Anfrage, die
... Durchlegung der Charlottenstraße betreffend,
... zurück, da in dem Schreiben des Magistrats die Durchlegung
... der Friedrichstraße betreffend die Antwort enthalten ist.
... Die Errichtung zweier Badeanstalten am linken
... Ufer der Untersee wird beantragt.
... Stadts. Mühlberger beantragt die Ueberweisung der
... Vorlage an einen Ausschuss.
... Stadts. Zupauer unterstützt diesen Antrag. Die Magistrats-
... vorlage wolle die Errichtung zweier getrennter Klassen in der
... Badeanstalt, die eine für die Minderbemittelten, die andere für
... die Bemittelten. Begründet werde diese Einrichtung mit dem
... Hinweis darauf, daß so mehr Einnahmen zu erzielen wären.
... Durchschlagend sei dieser Grund nicht. Sonst habe man bei der
... Errichtung von Badeanstalten stets darauf hingewiesen, daß man
... die Gesundheitsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung bessern
... wolle. Freilich heiße es, daß auch den Bessergestellten die Mög-
... lichkeit eines Flußbades geboten werden solle. Diese Möglich-
... keit sei aber vorhanden, auch wenn nicht zwei getrennte Klassen
... eingerichtet würden. Wollte man zwei Abtheilungen einrichten,
... so möge man die Ermöglichten von den Kindern trennen. Diese
... Scheidung sei notwendig, als die nach dem Geltsade.
... Der Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses wird ange-
... nommen.
... Einige Rechnungen gehen an den Ausschuss für Rechnungs-
... sachen.
... Es folgt zum Schluss der dringliche Antrag der
... Stadts. Dr. Vangerhans, Meyer I, die Versammlung möge
... den Magistrat ersuchen um unverzügliche Mittheilung über den
... Stand der Angelegenheit wegen Verbreiterung der
... Friedrichstraße.
... Nach kurzer Motivierung durch den Stadts. Meyer I
... wird der Antrag angenommen.
... Stadts. Reudrin erklärt: Die Verhandlungen sind
... nicht abgedrochen. Gestern ist der erste Versuch hierzu gemacht
... worden, der heute in verschärfter Form erneuert ist. Die Banken
... haben sich bereit erklärt, die Fristen zu verlängern. Als des-
... halb gescheitert sind die Verhandlungen daher nicht zu be-
... trachten. Es läßt sich aber noch nicht übersehen, ob sie von

Erfolg begleitet sein werden und ob der Magistrat sich ent-
... schießen wird, auf Grund dieser Verhandlungen eine
... neue Vorlage einzureichen. Weiteres zu sagen, gehe vorläufig
... nicht an, weil eine gewisse Diskretion zur Bedingung ge-
... macht sei.
... Die Angelegenheit ist mit dieser Antwort erledigt.
... Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
... Schluß 7½ Uhr.
... Es folgt eine nicht öffentliche Verhandlung.
... **Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag.** Das
... Magistratskollegium setzte in seiner heutigen Sitzung die
... Etatsberatungen für das Verwaltungsjahr 1889/90 in seinen
... einzelnen Titeln fort. Der Etat betreffend das neue städtische
... Krankenhaus am Urban, dessen Eröffnung erst vom 1. Oktober
... 1889 ab erfolgen kann, ist demgemäß auch nur für den Zeit-
... raum vom 1. Oktober 1889 bis u. t. März 1890 festgesetzt
... worden. Die Krankenanstalt wird zwar für 500 Kranke sein, in-
... dessen wurden für die Feststellung des Etats nur 40 Kranke
... zu Grunde gelegt. Demgemäß ist die Einnahme auf 45 200 M.
... und die Ausgabe auf 204 550 M. festgesetzt worden, es wird
... hiernach ein Zuschuß von 159 350 M. erforderlich. In
... den Einnahmen sind 44 000 M. an jurisd. zu erstattenden
... Kur- und Verpflegungskosten, welche für den Kopf und Tag
... ab 1,75 M. festgesetzt sind, enthalten. An Ausgaben figuriren
... 13 000 M. an Besoldungen und Löhnen, für Krankenbehandlung
... 89860 M., für Hausbedürfnisse 65 100 M. — Der Etat
... für die Turnhallen der städtischen höheren
... Lehranstalten schließt ab in Einnahme mit 13 907 M.
... gegen bisher 12 525 M., also mehr 382 M., in Ausgabe mit
... 154 876 M., es wird also ein Zuschuß von 140 969 M. er-
... forderlich. — Der Etat für verschiedene Einrich-
... tungen für die höheren Lehranstalten wurde in
... Einnahme auf 150 M. und in Ausgabe auf 136 640 M.
... festgesetzt, es ist also ein Zuschuß von 136 490 M. erforder-
... lich. — Der Etat für die fünf höheren Mädchenschulen
... ist in Einnahme auf 393 246 M. und in Ausgabe
... auf 471 776 M. festgesetzt, so daß der Zuschuß 78 530 M. be-
... trägt. Davon kommen auf die Margarethenschule 21 662 M.,
... auf die Charlottenschule 11 651 M., auf die Sophiens-
... chule 14 657 M., auf die Viktoriaschule 13 814 M. und auf die Luise-
... schule 16 756 M. — Der Etat für die fünf bereits
... bestehenden höheren Bürgerschulen und für die
... zum Oktober 1889 vor dem Gallecher Thor zu eröffnen-
... sechste ist in Einnahme auf 106 252 M. und in Ausgabe auf
... 269 515 M. festgesetzt, so daß der Ueberschuß 163 263 M. be-
... trägt. Die sechste Schule wird zunächst mit 3 Klassen eröffnet
... werden.
... **Lokales.**
... **Die unterzeichneten Mitglieder der sozialdemo-**
... **kratischen Reichstagsfraktion veröffentlichen folgendes:**
... Wir theilen unseren Parteigenossen hierdurch mit, daß für den
... Unterstützungsfonds für die Familien ausge-
... wiesener und politisch gemäßigter Parteige-
... nossen vom Juni bis Ende September folgende Beiträge
... eingegangen sind: D. Stuttgart M. 10.—, Deutscher in Genf
... M. 140.—, Aus Hamburg M. 2000.—, Hannover M. 150.—,
... Dr. Forstheim M. 3.—, Darmstadt M. 100.—, Hannover M. 200.—,
... Dresden-Mittstadt M. 150.—, Dresden tochter Teufel M. 50.—,
... Augsburg M. 35.—, Würzen M. 10.—, Bayern M. 25.—,
... Florestan M. 4.—, Karlsruhe M. 50.—, R. F. M. 20.—, 19. säch-
... sischer Wahlkreis M. 50.—, Forstheim M. 5.—, Pegau M. 20.—,
... Plauen i. V. M. 16.—, Rudau M. 30.—, Hamburg M. 2000.—,
... Ruckdolt i. Sach.-Altenb. M. 60.—, Halle a. S. M. 100.—,
... Dresden A. M. 50.—, Rindon M. 50.—, Brandenburg M. 30.—,
... Tüschdorf M. 10.50, Erfurt M. 30.—, Nachen M. 5.—,
... Apolda, M. 5.—, Braunschweig M. 100.—, Potsdam M. 40.—,
... Baetge Magdeburg M. 150.05, Brandenburg M. 25.—, Pechow
... M. 10.50, L. G. M. d. Sch. in Köln M. 6.50, Granfschlag M. 15.—,
... Potsdam M. 40, Brandenburg M. 20, Spremberg M. 50,
... Rauslau M. 10.—, Brandenburg M. 20.—, Dagen-Wetter
... M. 8.50, Nordhausen M. 20.—,
... **Reichstags-Wahlfonds:**
... Von Mai bis Ende September: Fr. C. London M. 100.—,
... E. J. J. M. 100.—, 19. sächsischer Wahlkreis M. 41.—, Rom
... Mann im Mond M. 1000.—, Von der tothen Kompanie
... M. 1600.—, Hoch d. C. Erfurt M. 12.31, Sera M. 20.—,
... Döbeln M. 20.—, Berlin W. M. 200.—, 16. sächsischer
... Wahlkreis M. 300.—, Dresden-Mittstadt M. 50.—, Rom
... Mann im Mond M. 600.—,
... **Gasenclever-Fonds.**
... D. M. Hamburg M. 14.80, C. F. B. Hamburg
... M. 32.—, Goslar a. S. M. 7.—, A. aus Volkstein M. 11.—,
... Aus Büsch M. 503.35, München M. 35.10, S. Eisenfeld
... M. 5.—, Wald i. B. M. 11.10, Remscheid M. 21.65,
... Venne M. 10.—, Ronsdorf M. 10.44, Ohligs M. 8.07,
... Schwelm M. 3.—, Belber M. 20.—, J. in Varmen M. 1.70,
... Remscheid M. 9.—, G. Eisenfeld M. 2.—, Remscheid M. 10.—,
... Gesehminde M. 66.20, „Wähler“ Leipzig M. 66.95, durch A.
... Braunschweig M. 226.—, Bovenenden M. 10.—, u. C.
... Berlin M. 130.—, Volksverein Chemnitz M. 60.—, 16.
... sächsischer Wahlkreis M. 40.—, Niederwödnitz M. 6.—,
... Aus den Vereinigten Staaten durch Lb. M. 340.—,
... Leuchern M. 15.—, Güstrow M. 36.—, „Wähler“ Leipzig
... M. 5.—, Würzen M. 33.—, Verden M. 10.—, Ohlau M. 10.—,
... Rindon M. 15.—, Wilhelmshaven M. 50.—, Kellinhausen 2. R.
... M. 10.—, Segeberg M. 9.45, Brandenburg M. 45.—, Glöck-
... stad M. 45.—, Nachen M. 40.—,
... A. Behl. C. Grillenberger. W. Liebknecht. S. Meißer.
... B. Singer.
... **Ueber eine auffehen erregende Polizeimaßnahme**
... wird uns in folgendem berichtet: Am Dienstag, den 27. No-
... vember, betreten zwei uniformirte Schutzeute das Lokal des
... Restaurateurs Herrn Haugl, Weinstraße 22. Die Schutzeute
... gingen durch das Lokal hindurch und verließen dasselbe, ohne
... ein Wort zu sagen. Eine halbe Stunde später erschienen wieder
... zwei Beamte. Als der Wirth diese nach dem Grunde ihrer
... Erscheinens fragte, entgegneten sie, sie hätten den Befehl, das
... Lokal zu revidiren. Am folgenden Tage erschien die Schutze-
... mannspatrouille gegen 10 Uhr Morgens, der Besuch wieder-
... holte sich von einer halben Stunde zur andern, während der
... Mittagszeit kamen die Beamten sogar viertelstündlich. Herr
... Haugl riethle inzwischen eine Beschwerde an das königliche
... Polizeipräsidium, die jedoch bis heute ohne Antwort geblieben
... ist. — Am folgenden Sonntag überdrachte ein Schutzmann
... Herrn Haugl die Aufforderung, zum Polizeicommissar auf des
... Polizeibureau zu kommen. Der Commissar eröffnete die Unter-
... redung mit der Bemerkung, daß Herr Haugl wohl schon von
... der Maßregel in Kenntniß gesetzt sei, die über ihn verhängt
... wäre. Als Herr Haugl behauptete, hiervon keine Kenntniß
... zu besitzen, daß es ihm aber im höchsten Grade interessant
... wäre, den Grund der fortgesetzten politischen Visitationen zu
... erfahren, äußerte sich der Polizeicommissar dahin, daß „die po-
... litische Polizei keine Lust mehr habe, ihre Beamten in dem Lo-
... kale des Herrn Haugl fortwährend hängen zu lassen.“ — Es ist
... allerdings vorgelommen, daß Herr Haugl einem Beamten der
... politischen Polizei, der sich mit einer unpassenden Bemerkung
... an einem Rundgefange anderer Gäste betheiligte, die fernere
... Verabfolgung von Getränken verweigerte. — Am Mittwoch
... Abend kam Herr Haugl von einem Gange nach seinem Lokale
... zurück. Hier sah der Hutmacher Herr Post, der den eintretenden
... Wirth, der nebenbei bemerkt erkrankt ist, fragte, ob er bereits
... von dem Leitartikel der „Volkszeitung“ Kenntniß habe. Haugl
... verneinte dies. Post las nun Herrn Haugl den Artikel vor,
... und als man eben das Gedächtnis besprechen wollte, stürzte einer
... der Schutzeute den Vorleser zur Wache zugleich mit dem Bild-
... hauermeister Düsterberg, der das Lokal wieder betrat, nachdem

er es für einen Augenblick verlassen hatte. Von der Wache wurden die Stützen überaus bald entlassen. Herr Haugl aber hat immer noch den „Schuymanndesuch“.

Von den Berliner Schreibern. Neben dem Kaufmannsstande, so schreibt die „Voss. Zig.“, übt das Bureaufach die größte Anziehung aus auf die Angehörigen aus der Schule entlassener Knaben. „Kanzlist“, Bureaubeamter, Abschreiber u. kann jeder werden, dem eine halbwegs gute Handschrift und nur ein wenig Auffassungsbereitschaft eigen ist. Und so kommt es, daß sich nicht nur junge Leute um solche Posten bewerben, sondern daß auch Stellunglose, in Noth gerathene Kaufleute, Beamte, Handwerker und Techniker sich in Mengen um die ausgeschriebenen Stellen bemühen. Selbst akademisch Gebildete sind oft glücklich, wenn sie auf eine gewisse Zeit eine noch so gering besoldete Stellung als Schreiber erhalten. Man arbeitet sich bald ein in den Gang der Rechtsanwalts- und Gerichtsvollzieher-Kanzleien. Die Gehälter betragen für die „besseren“ Kanzlisten monatlich 30—60 M. Der davon leben will, muß sich naturgemäß auf das Nöthigste beschränken. Jüngere Schreiber und Lehrlinge empfangen durchschnittlich 15—20 M. pro Monat. Abschreiber, sogenannte Kopisten bekommen für den Bogen 20—30 Pf. Unserer Zeit ist der Vereinigungsdrang eigen, nicht nur Arbeiter und Handwerker verbinden sich, um vortheilhaftere Lohn- und Lebensbedingungen zu erreichen, auch alle anderen Klassen und Berufe gründen Vereine zur Wahrnehmung ihrer Interessen. So haben sich auch die Bureau- und Privatbeamten zusammengelassen und Arbeitsnachweise, Kranken- und Unterstützungskassen geschaffen. Leipzig und Magdeburg machten den Anfang und sind bisher musterhaft geblieben; man hat dort recht gute Erfolge erzielt. Auch in Berlin besteht seit einigen Jahren ein Verein von Beamten, die bei Rechtsanwalts- und Gerichtsvollziehern beschäftigt sind. Sehr stark wird selbstverständlich der Arbeitsnachweis in Anspruch genommen, auch von solchen, die dem Verein nicht angehören. Geschäftshäuser u. s. w. geben Tausende und Abertausende von „Adressen“ zum Schreiben auf, andere verlangen einen Schreiber auf Tage oder Wochen. Die Bezahlung ist verschieden. Manche bezahlen 1000 Adressen wöchentlich mit nur 1 M. (10—12stündige Thätigkeit), Freigebigere entrichten für die gleiche Anzahl 3—5 M. Nur zeitweise beschäftigte Schreiber müssen sich mit einem Tageslohn von 1.50 bis 3.00 M. begnügen. Wenn Wahlen vor der Thür stehen oder während der verschiedenen Geschäfts-„Saisons“ laufen die meisten Bestellungen ein und das Bureau hat oft Mühe, die nöthigen Kräfte zu finden. Auch ein eigenes Jahrgang, die „Schreibstube“, hat der Berliner Bureaubeamtenverein gegründet. Unter allen Umständen geschah mit der Gründung dieses Vereins ein gutes Werk. Man geht wohl nicht fehl, wenn man für Berlin an 50 000 Lohnschreiber, diätarisch beschäftigte Bureaubeamte und ohne feste Stellung lebende Kopisten annimmt. Ein Theil schwimmt sich mit der Zeit zu Winkel-„Arivolaten“ empor, ein Theil arbeitet bis ans Lebensende im Bureau, ein Theil lebt länglich von den zeitweiligen Bestellungen und der Rest, die jungen Kräfte, glaubt mit dem Eintritt ins Militär und späterem Weiterdienste eine glänzende Zukunft vor Augen zu haben. Wie viele begnügen sich heute mit dem Abschreiben häufig recht unleserlicher Manuskrifte mit 10 und 15 Pf. für den Bogen! Der schlechtestgestellte Arbeiter ist besser daran.

Die Beamten eines hiesigen Postamtes sind kürzlich, wie die „Staatsbürger Zig.“ erzählt, durch eine junge Dame in nicht geringer Verlegenheit gesetzt worden. Gedachte Dame trat an das geöffnete Schalterfenster, legte ein großes Geldstück auf die Zahlplatte und redete den expedirenden Beamten in unverständlichen Rehlauten an, die sie auf die Frage des Beamten nach ihrem Begehre wiederholte. Letzterer glaubte Postmarken verschanden zu haben und reichte ihr eine solche zu 10 Pf. hin. Sie schüttelte das Haupt. Vielleicht eine Briefmarke zu 20 Pf.? Jäterselbst dieselbe Kopfbedeckung. Nun öffnet er seine Mappe, in welcher die Postwertzeichen aufbewahrt werden, und zeigt ihr mit fragender Gebärde nacheinander sämtliche Markenorten vor. — Sie verneint! Jetzt geht es an die Postkarten. „Eine Postkarte zu 5 Pf.? Auslands-Postkarte? Vielleicht Postanweisung?“ — Sie schüttelt mit dem Köpfchen. Der vielbeschäftigte Beamte wird ungeduldig und rückt unerschrocken auf dem Stuhle hin und her. Da kommt ihm ein sündiger Kollege zu Hilfe. „Vielleicht wünscht die Dame unbedeckte Formulare?“ — Flugs werden ihr solche vorgelegt, jedoch sie refuzirt. Man überlegt: Offenbar ist die Dame nach ihrem dunklen Teint, ihrem ganzen Auftreten und nach den eigenthümlichen Sprachlauten zu urtheilen eine Ausländerin! „Parlez-vous français?“ Die Dame schüttelt lächelnd den Kopf. „Ach, bitten Sie doch Herrn N. hierher.“ befehlt der Beamte einem Postschaffner. „N. spricht ja englisch!“ Der Grafene erscheint. „Do you speak english?“ Keine Antwort! Doch der Kollege S., welcher seiner Zeit in Konstantinopel war, spricht türkisch und italienisch! Schleunigst wird er herbeigeholt — doch auch seine Bemühungen, sich mit der Dame zu verständigen, sind erfolglos. Nun war der Sprachschaff ererschöpft, die Beamten sind in Verzweiflung, und das Publikum, welches ruhig der Abfertigung harret, beulst sich über die Noth und Belästigung der Steptas-Sänger. Da kommt einem derselben ein großer Gedanke. Er reicht der Dame Papier und Feder hin, indem er die Bewegung des Schreibens macht. Sie nimmt lächelnd das Dargebotene, beugt sich an das Schreibpult und wirft schnell einige Zeilen auf das Papier, sobald kommt sie heileren Antlitzes zum Schalter zurück und reicht dem Beamten das Geschriebene hin. Neugierig drängen sich alle hinzu, um die Schrift zu entziffern, ein Lächeln huscht über ihre Bänder, denn da stand im schönsten Deutsch: „Ich wünsche 2 Postkarten mit Antwort und bitte zugleich wegen der Ihnen verursachten Mühe um Entschuldigung — ich bin nämlich — taubstumm.“ Tablau!

Der Heirathschwandler Mühlenbauer Hermann Schmitz beschäftigt die hiesigen und auswärtigen Polizeibehörden. Derselbe ist bekanntlich ein alter Buchhändler, hat sich aber befferungswürdig so trefflich konvertirt, daß es ihm sehr leicht geworden ist, eine ganze Menge heirathslustiger Damen durch geschickt ausgesonnene Schwindelmandate auf den Reim zu locken. Mit besonderem Meißenerverstand er es, Inzerate abzufassen, welche ihm seine Opfer zuführten. Mit Vorliebe gab er sich darin als Wittwer in „nicht vorgefertigten“ Jahren aus, der geneigt sei, auch eine Wittwe mit wohlgeordneten Kindern heimgzuführen. Natürlich liefen auf solche Anzeigen zahlreiche Anerbieten ein, von welchen er die auswählte, die sich für seine gaunerischen Zwecke am geeignetsten erwiesen. Er inserirte fast täglich in den für solche Annonzen wirksamsten Blättern und bezahlte die Inzerate von dem seinen zahlreichen „Bräuten“ abgeschwindelten Gelde. In seinem Besitze fand man, als eine hühere, ebenfalls von ihm stark geschädigte „Braut“ ihn auf der Straße erkannte und hatte festnehmen lassen, einen ganzen Berg von Liebesbriefen, aus denen hervorging, daß Schmitz sich bei seinen Operationen der verschiedensten Namen und Titel bediente. In den meisten Fällen geriet er sich als Beamter der Reichsbank, der Kaution zu hinterlegen hatte, und diese Pflanze er seinen Opfern dann abzuloten. Der alte „Stammgast“ aus Sonnenburg wußte sehr „sich“ aufzutreten und, um noch mehr als „Hufstänger“ zu imponiren, trug er meist eine ganze Reite mit Ovidersdekorationen und mitten auf der Brust ein eisernes Kreuz erster Klasse. Die Zahl der bei ihm vorgekommenen gescheiterten Papiere, mit denen er seine „Bräute“ täuschte, beläuft sich auf mehr als zwanzig. Ein Theil davon lautete auf den Namen Wilhelm Kuffe. In mehreren Fällen hat er, um seine „Mutterwäblers“ noch hinzuhalten und jeden etwa aufstauenden Zweifel zu beseitigen, dieselben nach dem Standesamt begleitet, um sich dort zu erkundigen, welche Papiere sie zu der Trauung beizubringen hätten. In seinem Besitze wurden mehrere Verlobungsringe ohne Namen, alle aus imitirtem Gold, vorgefunden. Viele der Geschädigten haben sich wohl aus

Schamgefühl bisher noch nicht gemeldet. Die Polizei nimmt dies betrübliche Anzeichen jederzeit entgegen.

Polizeibericht. Am 5. d. M. Morgens wurden in einer Kammer im dritten Stock des Hauses Königsstraße 62 ein Reiter und zwei Dienstmädchen bewußlos vorgefunden und nach erfolglosen Wiederbelebungsvorversuchen nach der Sbariter gebracht. Anscheinend liegt eine Vergiftung durch Koblenoxydgas vor. — Nachmittags wurde vor dem Hause Frankfurter Allee 93 ein 7 Jahre alter Knabe und vor dem Hause Taubenstraße 3 ein 6 Jahre altes Mädchen überfahren. Beide erlitten Verletzungen. — In der Nacht zum 8. d. M. fand in einem Tanzlokal in der Neuen Schönhauserstraße zwischen einem Barbier und einem Pferdehändler ein Wortwechsel statt, welcher auf dem Hofe fortgesetzt wurde und zu Thätlichkeiten überging. Hierbei erlitt ersterer mittelst eines scharfen Instruments so bedeutende Verletzungen am Kopfe, daß er nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte.

Gerichts-Zeitung.

Der bekannte auf Grund des Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesene und nach Brandenburg vertriebene Bergoldermeister Ewald war auf Grund der Verordnung vom 12. Juli 1869, weil er nämlich seine Kinder am Religionsunterricht in der Mittelschule nicht hatte teilnehmen lassen, angeklagt, aber vom Schöffengericht freigesprochen worden, weil angenommen wurde, daß materiell die Kinder des E., da dieser Dissident sei, am Religionsunterricht nicht teilnehmen brauchen. Die Strafkammer aber verurtheilte E. wegen nachgewiesener viermaliger Uebertretungsfälle zu 12 M. Strafe, indem sie annahm, daß E. bis zur Erbringung des Nachweises, daß er den Kindern in seiner Religion anderweitig von einem dazu Berechtigten Unterricht ertheilen ließ, verpflichtet gewesen wäre, die Kinder an dem Religionsunterricht in der Schule teilnehmen zu lassen. Auf die Revision des Angeklagten erkannte heute der Strafsenat des Kammergerichts folgendermaßen: Wollte der Angeklagte die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht nicht, so hätte er die erforderliche Dispensation nachsuchen müssen. Da er dies nicht gethan, so war er allerdings strafbar, da aber aus der Vorentscheidung nicht hervorgeht, ob ihm die auf G. und des Gesetzes vom 12. Juli 1869 erforderliche Ermahnung, die der Einleitung des Strafverfahrens vorherzugehen hat, seitens der Behörde zu Theil geworden, so mußte die Sache behufs Prüfung nach dieser Richtung noch einmal in die Vorinstanz verwiesen werden.

Gegen Diensthöfen und Hunde darf man sich eine „gelinde Bückung“ erlauben. Bei Diensthöfen erlaubt es die schöne Gefindeordnung, wenn dieselben ihre Herrschaft zum Joren reizen; Hunde kann man ebenfalls bis zu einem bestimmten Grade prügeln, nur darf die Prügelei nicht in Thierquälerei ausarten. Wo bei Diensthöfen die „leichte“ Bückung „aufhört“ und wann die Thierquälerei „beginnt“, ist schwer festzustellen und deshalb den Gerichten zur Entscheidung überlassen worden, die dann auch gegen die Menschenkinder und Thierquälerei die Strafen zu verhängen haben. — Was sich ein armes Dienstmädchen von seiner netten Herrschaft gefallen lassen muß, zeigte eine Verhandlung, die gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I geführt wurde. Auf der Anklagebank mußte der Hauseigentümer und Großkaufmann Raab, Lüneburgerstr. 7 wohnhaft, unter der Beschuldigung Platz nehmen, sich der Freiheitsberaubung und Mißhandlung seines Dienstmädchens, Ida Weidell, schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte, welcher sich natürlich einen Vertheidiger mitgebracht hatte, will durch das Benehmen des Mädchens zu der „Bestrafung“ gereizt worden sein. Seine Frau habe ihm erzählt, daß sie von dem Mädchen ins Auge geschlagen worden sei, und deshalb habe er die Weidell zur Rede stellen wollen. Zu diesem Zweck habe er das Mädchen zu sich gerufen und ihr zunächst eine Ohrfeige gegeben; als sie darauf so sehr schrie, daß er Skandal befürchtete, habe er die Thür zugehalten, damit die Beschlagene sich etwas beruhige. Er habe ihr im Ganzen nur zwei Ohrfeigen versetzt und nachher nur noch einen Schlag mit der Reitpeitsche (!!) gegeben, aber nicht mit dem Stielende dieses Instruments. — Zeugin Ida Weidell schilderte den Vorgang folgendermaßen: Am 21. März schloß sie auf Befehl der Frau des Angeklagten den Boden zu. Als sie wieder in die Stube kam, bemerkte sie, daß ihre Kleider, welche beim Fortgehen noch auf ihrem eigenen Koffer gelegen hatten, inzwischen muthwillig auf die Dielen niedergeworfen waren. Da es einem armen Dienstmädchen sehr schwer wird, sich etwas anzuschaffen, so wurde sie über diese anscheinend aus purer Bosheit verübte Ungehörigkeit sehr missgestimmt und diese Mißthimmung steigerte sich noch, als ihr mitgetheilt wurde, daß die Kleider von der wohlgebornen Frau Raab einfach auf die Dielen geschmissen wurden. Als sie sich hierauf an die Frau Raab wandte und zu dieser sagte, daß die That doch bloß eine Niederträchtigkeit sei, wurde die Hausfrau gemaltig jornig und schlug dem Mädchen in das Gesicht. Weitere Schläge habe sie sich durch Vorhalten der Hände abgewehrt. Sie habe nicht wieder geschlagen und auch nicht bemerkt, daß Frau Raab irgend eine Verletzung am Auge hatte. Mittags, als sie dem Angeklagten das Essen in die Stube brachte, schloß derselbe die Stube plötzlich ab und hieb unbarmherzig und in der rohesten Weise auf das Mädchen los; zuerst mit der Faust und später mit der Reitpeitsche. Als sie nun nach Hilfe rief, habe der Dienstherr sie festgehalten und so sei sie nicht im Stabe gewesen, sich den weiteren Mißhandlungen zu entziehen. Das Zimmer hatte drei Ausgänge, zwei nach dem Korridor und einen nach dem Balkon; nach dem Balkon habe sie nicht hinaus können, weil der Angeklagte sich vor die Ausgangsthür gestellt habe und die beiden Bimmerthüren zum Korridor waren verschlossen. Ob in der einen Thür noch der Schlüssel stecke, könne sie nicht mit Bestimmtheit sagen, da sie in der Angst nur gespürt habe, daß beide Thüren zu waren. — Nach dem ärztlichen Attest hat die Zeugin unter dem linken Auge eine bläuliche Anschwellung, mehrere Hautabschürfungen, Schrammen und blutunterlaufene Stellen davongetragen. — Zeugin Kräbe hat die Kleider des Mädchens auf der Erde liegen sehen und auch später deren Hülfserufe gehört. Bei der Frau Raab habe sie kein beschädigtes Auge gesehen, doch habe dieselbe eine rothe Wade gehabt und erzählt, daß sie von dem Mädchen geschlagen worden sei. — Zeugin Witte soll bekunden, daß die Geprügelte sich unpassender Redensarten gegen die Herrschaft erlaubt habe. Zeugin erklärt auch, einmal gehört zu haben, daß das Mädchen zu dem Angeklagten sagte: Herr Raab, Ihre Frau lügt. — Es folgt nun die Vernehmung der Frau Raab, welche nicht genau angeben kann, ob sie von dem Mädchen damals geschlagen wurde oder ob sie sich während des Trübels mit demselben viel leicht selbst verletzt habe. Sie sei zur Zeit sehr erregt gewesen und müsse zugeben, in der Erregung die Kleider des Mädchens auf die Dielen geworfen zu haben. Die Erregung sei erklärlich, weil das Mädchen zu anderen Hausbewohnern geräuschet habe, daß sie (Frau Raab) noch viel zu jung und zu dumm sei, und daher erst Lebenserfahrungen machen müsse. (Frau Raab zählt bereits 19 Jahre.) Das Mädchen habe sich nicht gut betrogen und deshalb schrieb sie ihr schon vor dem Abgang ein Zeugniß ins Dienstbuch, nach welchem das Betragen viel zu wünschen übrig lasse. — Nach der Aussage der kommissarisch vorgekommenen Zeugin Bradel habe die Geprügelte zu der fraglichen Zeit laute Hülfserufe ausgestoßen. Zeugin war auf dem Korridor und hörte die Frau Raab rufen: „So, nun mache die Thür auf, jetzt hat sie genug.“ In demselben Augenblick wurde die Thür geöffnet und das Dienstmädchen stürzte blutend hinaus. Zeugin hat die Gemüthsbedeute gefragt, warum sie denn das Zimmer verlassen habe. Darauf sei ihr von dem Mädchen erwidert, daß die eine Thür zugehoben sei und vor der andern der Angeklagte gestanden habe. — Der Staatsanwalt beantragte für die Mißhandlung eine Geldstrafe von 100 M. und für die Freiheitsberaubung 3 Tage

Gefängniß. Der Gerichtshof war jedoch der Ansicht, daß die Freiheitsberaubung nicht erwiesen sei, weil angenommen werden müsse, daß der Schlüssel zu der einen Thür noch im Schloß gesteckt habe. Für die Mißhandlung wurden dem Angeklagten 100 M., event. 10 Tage Gefängniß zu diktiert.

Vereine und Versammlungen.

Große öffentliche Volksversammlung am Freitag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in Freit's Salon, Brunnstraße 140. Tagesordnung: Wie stellen sich die Arbeiter Berlins zur Gründung von Genossenschafts-Bäckereien? Große öffentliche Versammlung der Maurer, Stein- und Limger am Freitag, den 7. Dezember, Abds. 8 Uhr, im ... der Metallarbeiter ... Abends 8 1/2 Uhr, in ... Kollegen! Wie Ihr alle wißt, ist die am Freitag, den 23. November, tagende Versammlung der Metallarbeiter durch Flugblätter bekannt gemacht worden. Dies gab dem Lampenfabrikanten Emil Sommerfeld, Wollufer 37, Veranlassung, einige Arbeiter wegen Anbestens der Flugblätter in der Werkstätte zu maßregeln. Da sich die Arbeiter dies nicht gefallen ließen, ist es zur Arbeitseinstellung gekommen. Metallarbeiter Berlins! Ihr, daß Ihr nicht gewillt seid, abzuwehren, was Euch gegeben zu lassen. Vereinigt Euch mit uns, damit alles. Es wird erjucht, Jusug fernzubalten und in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen. Die Mitglieder-Versammlung der Nationalen Kranken- und Sterbekasse der Droschkenkutscher und verwandten Berufsgeossen (E. G. Nr. 75) für die dem Bezirk Berlin gebhörigen Mitglieder findet am Freitag, den 7. Dezember, Abends 9 Uhr, im großen Saale des Vereinshauses (Handwerker-Verein), Sophienstr. 15, statt. Tagesordnung: 1. Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung. 2. Entgegennahme von Anträgen und Beschwerden in Angelegenheiten der Kasse. 3. Bericht über den Jahresbericht, welche mit ihren Beiträgen länger als 8 Wochen im Rückstande sind (§ 18 ad 4 des Statuts) sind von der Teilnahme an der Wahl der Abgeordneten und der Wahlberechtigung ausgeschlossen. Alle Mitglieder sind eingeladen und ist das Erscheinen derselben dringend zu erwünscht. Nur das Mitgliedsbuch legitimirt zum Eintritt. Die von der Kommission der Hausierer nach ... souci einderufene Versammlung zur Beantwortung der ... gitalvorlage wurde seitens des königl. Polizeipräsidiums ... genehmigt. Verband deutscher Mechaniker und verwandten Berufsgenossen (Abtheilung Berlin). Drittes Stiftungsfest am Sonnabend, den 8. Dezember 1888, im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee Nr. 11—13. (Pferdebahn-Verbindung vom Spittelmarkt, Hasenbade und Ringbald.) Großes Instrumentalkonzert, nach dem Konzert Ball bei doppeltem Orchester. Eintrittskarte 50 Pf. Eröffnung 8 Uhr. — Anfang ... 49 Uhr. Billets sind zu haben in den mit Plakaten ... Handlungen, sowie bei den Herren D. Spick, Adalbertstr. 11; H. Weinet, Grünholzstr. 63; M. Schönmann, Kottbus Damm 19; G. Binn, Rosenhainstr. 16—17; W. Broske, Wasserhörnstr. 37; G. Treppitz, Postenerstr. 18; Bäder, ... ringstraße 8; C. Schmidt, Gartenstraße 56. — Kollegen und Freunde werden erjucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Die Kranken- und Begräbniskasse des Vereins ... sammtlicher Berufsklassen Berlin I hält Sonnabend, den 8. d. M., Abends 8 Uhr, Blumenstraße 78, eine Versammlung ab. Tagesordnung: Wahl des Ausschusses für das Jahr 1889. Neue Mitglieder ohne Unterschied des Berufes und Geschlechts von 14 bis 45 Jahre werden in jeder Versammlung, sowie bei folgenden Herren aufgenommen: Soffe, Hasenbade 11; Geelhaar, Höchstraße 20; Damann, Neue Grünhainstr. 17; Kuhlmeier, Landsbergerstraße 105; Cohn, Schiffenstraße 7 und Schilling, Reppenstraße 48. Kranken- und Begräbniskasse des Vereins ... licher Berufsklassen, Berlin I (Eing. Hilfslosse Nr. 2). Versammlung Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Böslom, Ringstraße 79 (Gartenzimmer). Neue Mitglieder beiderlei Geschlechts von 14 bis 45 Jahren werden in jeder Versammlung, sowie bei folgenden Herren aufgenommen: Soffe, Hasenbade 11; Geelhaar, Höchstraße 20; Damann, Neue Grünhainstr. 17; Kuhlmeier, Landsbergerstraße 105; Cohn, Schiffenstraße 7 und Schilling, Reppenstraße 48. Gesang-, Turn- und gesellige Vereine am Freitag, Gesangs-Vereinsabend Abends 9 Uhr bei Körtina, Dresdenstr. 10. Kaiserlicher Männergesangsverein in Abends 9 Uhr im Restaurant Lamm, Schönhauser Allee 28. — Gesangsverein „Pauschauer Brandenburger“. Abends 9 Uhr im Restaurant Hensel, Alexandrinenstr. 15. — „Alte Quartett“ Abends 9 Uhr im Restaurant Husehold, Lüneburgerstraße 31. — Gesangsverein „Fortschritt“ Abends 9 Uhr im Restaurant, Blumenstraße 46. — Gesangsverein „Lifian“ Abends 9 Uhr Dresdenstr. 85 bei Gustavus. — „Supper'sche Vereinigung „Harmonie“ Abends 9 Uhr bei Hiesl, ... straße 17. — Gesangsverein „Bourbonia“ (Männerchor) Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Teutonia“, Belfortstraße 15. — Liedertafel des Fackereins der Steinträger Berlins. 8 Uhr Gr. Hamburgerstr. 4. Übungsstunde. — Gesangsverein „Ohnesorge“ Abends 8 1/2 Uhr Budower Garten. — Gesangsverein „Wiederhall“ Freitag Abends 9 Uhr, im Restaurant Berger, Köpenickerstr. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. — Turngenossenschaft (V. Männerabtheilung) Abends 8 1/2 Uhr in der städtischen Turnhalle, Wasserthorstraße 31. Turnverein „Eisenbade“ (Männer-Abtheilung) Abends 8 Uhr Diefenbachstraße 60/61. — Turnverein „Froh und Frei“ (Männerabtheilung) Abends 8 1/2 Uhr Bergstr. 67. — Wissenschaftlicher Verein für Koller'sche Stenographie. Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Fietzen, Dorotheenstr. 31, Unterrichts-Übungsstunde. — Allgemeiner Abendscher Stenographenverein, Abtheilung „Vorwärts“ Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Apollobund“ Abends 9 Uhr im Restaurant, Seyditzstr. 20. Verein ehemaliger Dr. Doebbelin'scher Schüler Abends 9 Uhr im Restaurant Krebs, Friedrichstr. 208. — Voigt'scher Stenographen-Verein Abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde im Restaurant Lehmann, Alexandrinenstr. 32. — Biberwitzer Stenographen-Verein Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Wahlstatt“, ... allianzstraße 89. — Rauchklub „Westend“ Abends 9 Uhr im Dohngöllergarten, Steglitzerstr. 27. — Rauchklub „Reichsbanner“ Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant, Stalitzerstr. 147a. Heueste Nachrichten. Der „Kriegsanzeiger“ veröffentlicht folgendes Verbot. Die unterzeichnete 1. Kreisbauhauptmannschaft hat die Deutsches Reich mit der Ueberricht: „Mitbürger! Wähler!“ welche mit dem Worten beginnt: „Seit wenigen Tagen ist der Reichstag ...“ und die Sozialdemokratie!“ Verleger: Reinhold Lüdke, ... gedruckt. Druck von Schönfeld und Harnisch, Dresden. Grund von §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeinlich gefährlichen Verbreitungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten. Bayern, den 5. Dezember 1888. 1. Kreisbauhauptmannschaft v. Salza und Wächterau.